

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. November 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 130.

## Zur Situation!

In Berlin beschaffte sich eine Vereinsversammlung nochmals mit dem Ergebnisse der Tarifrevision. Vorsitzender Massini nahm zunächst Veranlassung, die ausführlich einseitige Berichterstattung des „Vorwärts“ über die Stellungnahme der Gehilfenschaft zum neuen Tarif einer scharfen Kritik zu unterziehen. Der „Vorwärts“ habe von seinen (Massinis) Ausführungen in der großen allgemeinen Versammlung, in denen er in eingehender Weise die gewerbliche Lage geschildert und die vielfachen schwerwiegenden Gründe dargelegt habe, welche die Gehilfenvertreter zu ihren Entschlüssen bei den Tarifverhandlungen bestimmten, kein Wort gebracht, sondern nur die mitgeteilten nackten Abänderungen des Tarifs — und diese in mehreren Punkten noch falsch — wiedergegeben. Dagegen hätten die gegen die Tarifvereinbarungen gerichteten Ausführungen der Diskussionsredner in größerer Ausführlichkeit Wiedergabe gefunden. Es sei deshalb mit dem zuständigen „Vorwärts“-Redaktion Rücksprache genommen worden, der sich indes nicht zu einer Ergänzung des Versammlungsberichts, sondern allenfalls zur Aufnahme eines besonderen Artikels bereit erklärte. Weil damit jedoch eine öffentliche Polemik herangezogen worden wäre, sei darauf verzichtet worden. Ebenfalls einseitig wie über die Berliner Versammlung habe dann der „Vorwärts“ auch über die Stellungnahme auswärtiger Versammlungen berichtet, indem er von diesen vorwiegend nur diejenigen erwähnte, die gegen den Tarifabschluß votiert haben, ohne auch nur einmal die bei den Tarifverhandlungen in Frage gekommenen Umstände zu würdigen. Im Anschluß an diese Kritik der „Vorwärts“-Berichterstattung führte Massini an, wie andre Organe (u. a. die „Leipziger Volkszeitung“ und das „Korrespondenzblatt“) die Ergebnisse der Tarifrevision gemüßigt hätten. Weiter wandte er sich mit Entschiedenheit gegen die Art der von den Maschinensehern geübten Kritik, schilderte nochmals eindringlich einige wichtige Momente aus den Tarifverhandlungen und sprach den Wunsch aus, daß der Kollegenschaft das Mitbestimmungsrecht verliehen werden möge, damit sie in die Lage versetzt werde, sich in verantwortlicher Weise über Tarifabschlüsse entscheiden zu müssen. Den Ausführungen Massinis folgte eine längere lebhafte Debatte, in der sich mehrere Maschinenseherkollegen gegen Massini bzw. gegen den neuen Tarif wandten und ihre Stellungnahme unter Betonung der nach ihrer Meinung von den neuen Bestimmungen zu erwartenden Schädigungen verteidigten, während einige andre Redner Massinis Darlegungen unterstützten und die Argumente der Maschinenseherkollegen zu entkräften suchten. Eine Beschlußfassung erfolgte nicht. Zu einer Versammlung des Bezirks Plauen waren 20 Kollegen aus allen Druckorten des Bezirks erschienen. Redakteur Helmholz (Leipzig) referierte über „Lehren aus der Gewerkschafts- und Tarifbewegung“ und im Anschluß über das Ergebnis der Tarifberatungen. In der Diskussion, an der sich in der Hauptsache Maschinenseher beteiligten, kam es zu sehr erregten Auseinandersetzungen. Von einer vorher stattgefundenen Maschinenseherversammlung war nämlich eine Erklärung beschlossen worden, die wegen der Schärfe ihrer Ausdrücke und Angriffe selbst von einigen Spartenangehörigen nicht gutgeheißen werden konnte. Die Bezirksversammlung lehnte es ab, der Erklärung beizutreten resp. sie zu Protokoll zu nehmen. In der schließlich angenommenen Resolution kam die Zustimmung zur erlangenen 10- bzw. 12 1/2 prozentigen Lohnzulage zum Ausdruck; die Verkürzung der Arbeitszeit und die Reduzierung wurden für ungenügend gehalten und die

Verlängerung der Arbeitszeit der Zeitungsdruckmaschinenseher bedauerte man. Unter Rücksichtnahme auf die obwaltende schwierige Situation stimmten die Versammelten dem neuen Tarife zu und sprachen den Gehilfenvertretern für ihre aufopfernde Tätigkeit ihren Dank aus. Von der Loyalität der Prinzipale erwarteten sie, daß auch den mit mehr als 3 Ml. über Minimum Entlohnenten eine entsprechende Lohnzulage gewährt werden würde. Die Kollegen von Limburg, Diez und Weilburg fanden sich zu einer gutbesuchten Versammlung zusammen, in der Gauvorsitzer Albrecht über die Tarifberatungen referierte. Die Schwierigkeiten der Situation der Gehilfenvertreter bei den Beratungen und ihr einmütiges Eintreten für eine materielle Verbesserung und eine verkürzte Arbeitszeit wurden einstimmig anerkannt. Bedauert wurden die Verschlechterungen bezüglich der Zeitungsdruckmaschinenseher, die im Interesse des Ganzen in Kauf genommen werden mußten. In einer mäßig besuchten Versammlung nahmen die Kollegen von Speier und Wermersheim gemeinsam Stellung zum neuen Tarife. Kollege Ditsch berichtete eingehend über die Tarifverhandlungen. Nach ausgiebiger Diskussion stimmten die Versammelten dem neuen Tarifabschlusse zu. Sie bedauerten zwar einige in Kauf genommene Verschlechterungen, gaben aber auch der Iherzeugung Ausdruck, daß ohne diese Zugeständnisse ein Tarifvertrag nicht zustande gekommen wäre. Den Gehilfenvertretern wurde für ihre mühevolle Arbeit Dank ausgedrückt. Die Mitgliedschaft Ulzen erklärte sich mit dem materiellen Erfolge der Tarifverhandlungen einverstanden, drückte aber ihr Bedauern über die Verlängerung der Arbeitszeit der Zeitungsdruckmaschinenseher aus, der die Gehilfenvertreter nach Ansicht der Ulzener Kollegen nicht hätten zustimmen dürfen. In Neuruppin wurde nach einem Referate des Kollegen Reinhardt die schwere Arbeit der Gehilfenvertreter anerkannt. Wenn auch einige unbefriedigende Momente bei dem Ergebnisse zu verzeichnen seien, so erklärte die Versammlung doch ihr Einverständnis mit dem Erreichten. Ähnlich votierte eine Versammlung in Kreuznach, zu der auch die Kollegen von Simmern erschienen waren. Bezirksvorsitzender Neu (Kolberg) erstattete dort Bericht. Moniert wurde u. a. die zu geringe Lokalaufsichtsbemessung für Kreuznach, welche Stadt bei den besonders zu berücksichtigenden Bedoerten in Betracht gezogen werden müsse. Eine gutbesuchte Göttinger Versammlung stellte sich nach lebhafter Debatte, an der sich in erster Linie die Maschinenseher beteiligten, einmütig auf den Standpunkt, daß wenn die von den Maschinensehern in Kauf zu nehmenden Verschlechterungen auch bedauerlich seien, das Resultat der diesmaligen Tarifrevision im allgemeinen doch durchaus zufriedenstellend sei, weshalb den Gehilfenvertretern für ihre aufreibende Tätigkeit und tatkräftige Vertretung der Gehilfeninteressen Dank gebühre. In Graudenz beleuchtete Kollege Glowinski die einzelnen Positionen des neuen Tarifs, woran sich eine lebhafte, jedoch sehr sachlich gehaltene Diskussion schloß. Von den meisten Rednern wurde ausgesprochen, wenn das Ergebnis der Verhandlungen auch nicht voll befriedige, so müsse man sich doch vor Augen halten, daß unsere Vertreter, um es nicht zum Scheitern der Tarifverhandlungen kommen zu lassen, sich wohl über übel zu diesen Zugeständnissen entschließen mußten. In Anbetracht der Schwierigkeiten bei den Tarifverhandlungen erklärte sich die Versammlung mit dem Ergebnis einverstanden und sollte den Gehilfenvertretern volle Anerkennung. Nach der Berichterstattung des Kollegen Willigmann, der eine rege Diskussion folgte, erkannten die Mitglieder des Bezirks Sten dal die mühevolle Arbeit der Gehilfenvertreter

danke an. Wenn auch nicht allen Gehilfen gleiche Vorteile hätten geboten werden können, so sei doch unter den jetzigen Verhältnissen das Mögliche erreicht worden. In Heidelberg schloß sich an die Berichterstattung ebenfalls eine lebhafte, besonders von den Maschinensehern bestrittene Debatte. Die Versammlung bedauerte zwar, daß die Maschinenseherkollegen diesmal schlecht abschnitten, stimmte aber sonst den neuen Abmachungen zu und würdigte die mühevolle Tätigkeit der Gehilfenvertreter. Den gleichen Standpunkt nahm eine in Adelsheim (Baden) abgehaltene Versammlung ein. In einer Bezirksversammlung in Leer referierte Gauvorsitzer Ostka (Bremen). Mit großer Mehrheit stimmte sie dem revidierten Tarife zu, bedauerte jedoch die Arbeitszeitverlängerung der Maschinenseher in den Zeitungen. Die außerordentlich schwierige, aufopfernde Tätigkeit der Gehilfenvertreter wurde dankbar anerkannt und der Organisationsleitung wie auch der „Korr.“-Redaktion für die mannhafteste Verteidigung der Gehilfeninteressen wärmstens gedankt. Zur Berichterstattung in Kaiserslautern hatten sich 75 Kollegen eingefunden. Nach dem Referate des Bezirksvorsitzenden May setzte eine sehr lebhafte, aber sachliche Debatte ein. Die Maschinenseher gaben namens ihrer Sparte eine Protesterklärung ab. Schließlich erklärte sich die Versammlung mit dem erzielten Ergebnis allgemein einverstanden. Sie verurteilte jedoch die Zugeständnisse hinsichtlich der Segmaschine, da sie für die Organisation von Nachteil sein würden. Von der Einsicht der Prinzipale wurde erwartet, daß den über die 3-Mark-Grenze Entlohnenten die volle tarifliche Zulage gewährt wird. Den Gehilfenvertretern glaubte man nach Lage der Sache Anerkennung nicht vorenthalten zu sollen. Eine gutbesuchte Versammlung in Wegesack erklärte sich im großen und ganzen mit dem Ertrugenen einverstanden. In Braunsberg (Ostpr.) kamen die Mitglieder zu dem gleichen Entschluß, unter ausdrücklicher Anerkennung der angestrengten Arbeit der Gehilfenvertreter. In der Versammlung des Bezirks Dortmund waren von 420 Mitgliedern nur etwa 250 anwesend. Kollege Schippers erstattete das Referat, worin er den Anwesenden die Licht- und Schattenseiten des neuen Tarifs vor Augen führte. In der lebhaften Diskussion wurde an der Schreibweise des „Korr.“, an den Druckerbestimmungen und an den Verschlechterungen für die Maschinenseher Kritik geübt. In ihrer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Abschlusse des neuen Tarifs in rein materieller Hinsicht einverstanden, bedauerte aber gleichzeitig das unsoziale, ablehnende Verhalten der Prinzipalität gegenüber dem berechtigten Bestreben auf eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung und verurteilte aufs schärfste die verschlechterten Bestimmungen des Maschinenseherentarifs. Den Gehilfen- und Organisationsvertretern sprach die Versammlung für ihre Mühewaltung Dank aus. Eine Versammlung in Freising, die sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarife beschäftigte, mußte wegen zu schlechten Besuchs von der endgültigen Festlegung ihres Standpunktes gegenüber dem Tarifergebnis Abstand nehmen und beschränkte sich nur auf die Kritik einiger Positionen. (Gewiß ein trauriges Zeichen von Interesselosigkeit an der Lösung der Existenzfrage!) Besonders zahlreichem Besuche hatte sich dagegen eine Bezirksversammlung in Münster zu erfreuen, annähernd 200 Mitglieder waren anwesend, eine Zahl, wie sie noch nicht zu verzeichnen war. Kollege Meister gab einen Bericht über die Tarifverhandlungen. Aus der sehr sachlich geführten Diskussion verdienen die Ausführungen des Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen Maschinensehervereinigung, Kollegen Müller (Werden), Be-

sondere Hervorhebung. In ruhiger und doch überzeugender Weise kritisierte er die Verschlechterungen für die Maschinenseher, sich aber im Interesse des Tarifgemeinschaftsgebantens auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellend. Von anderer Seite wurde kritisiert, daß den mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnten kein tarifliches Recht auf die Erhöhung zustehe. Einmütig stimmte die starkbesuchte Versammlung den Tariffestsetzungen zu, bebauerte aber die verschiedenen Verschlechterungen. Den Gehilfenvertretern wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Im Gegenseite zu dieser Bezirksversammlung machte eine solche vom Höhenstaufen-Red.-Gau die mit den schärfsten Ausdrücken gespickte Resolution der zweiten Stuttgarter Versammlung zu der ihrigen. Sie ging sogar über diese Resolution noch infolter hinaus, als ein größeres Mitbestimmungsrecht verlangt wird; ferner sollen in erster Linie bei künftigen Tarifberatungen im Verufe tätige Gehilfen zugegen und jede Sparte vertreten sein. In der Versammlung waren folgende Druckorte vertreten: Öppingen, Weislingen, Kirchheim-Teck, Mettenstadt, Salaug und Eislungen. Einer Versammlung des Bezirks Neustadt a. S. führte Gauvorsteher Fuhs (Mannheim) die Gestaltung des neuen Tarifs vor Augen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Gehilfenchaft mit dem erzielten Ergebnis im großen Ganzen zufrieden sei; jedoch wurde es als eine Härte bezeichnet, daß den über die 3-Mark-Grenze entlohnten Gehilfen ein tarifliches Recht auf die Erhöhung nicht zustehe. Die Kollegen der kleineren Druckorte waren mit der Regelung der Ausnahmebestimmungen und Lokalaufschläge nicht zufrieden. Die Maschinenseher hätten eine geringere Lohn-erhöhung lieber in Kauf genommen als eine Verlängerung der Arbeitszeit. Von einer Resolution wurde Abstand genommen. In Bahr nahmen von 137 Mitgliedern 90 an einer Bezirksversammlung teil, in welcher Gauvorsteher Bindeleub (Freiburg) über die Tarifverhandlungen berichtete. In der Diskussion bezeugte ein Maschinenseherkollege den Tarifaufschlag als Machtwort, wogegen sich die übrigen Redner wandten. Mit erdrückender Mehrheit wurde schließlich den Gehilfenvertretern für ihre geleistete Arbeit der Dank ausgesprochen. Von Straßburg i. G. aus wurde ein großes und eigenartiges Vorlangen an die Redaktion gerichtet, das so recht bezeichnend ist für die Auffassung der Mitglieder, die sich diesmal in der Opposition gegen den neuen Tarif befinden. Der Bericht über die Kreisversammlung vom 15. Oktober hat es nämlich der Mehrheit der Straßburger Kollegen angetan. Der Berichterstatter soll die Stimmung dort nicht richtig geschildert haben, wofür der schlagendste Beweis darin erblickt wurde, daß die Redaktion Straßburg unter den sozusagen zufriedenen Orten aufzählte. Die Straßburger Kollegen wollen, wie die am 26. Oktober tagende Bezirksversammlung es scharf zum Ausdruck brachte, aber gar nichts von Zufriedenheit mit dem Tarifaufschlusse wissen. Sie protestierten gegen die jedoch unserer Meinung nach objektive Würdigerstattung des damit beauftragten und stellten das Ansinnen an die Redaktion, die ausführlichen Protokolle der Versammlungen vom 15. und 26. Oktober im „Korr.“ zu veröffentlichen, damit die Kollegenschaft im Reich nur ja ersehe, wie unzufrieden man in Straßburg ist. Aus dem Abdruck der Protokolle wird natürlich nichts. Wo sollte es hinführen, wenn jeder Ort seine, meistens nur auf einen bestimmten Teil, die Maschinenseher, sich erstreckende Unzufriedenheit dadurch dokumentieren wollte, daß die umfangreichen protokolllarischen Aufnahmen über eine lokale Versammlung im „Korr.“ veröffentlicht werden! Die Leser würden der Redaktion gewiß mit einem Donnerwetter dazwischen fahren. Dies vorausgeschickt, sei aus der gewissermaßen als Fortsetzung der Kreisversammlung zu betrachtenden, von 400 Kollegen besuchten Bezirksversammlung vom 26. Oktober noch hervorzuheben, daß der Berichterstatter sich energisch gegen die ihm gemachten Vorhaltungen verwahrte und eine Interpretation des von ihm im „Korr.“ Geschriebenen vornahm. Aus dem Bericht wurde das Behauptete gar nicht herausgelesen werden. Trotzdem wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, wonach der Bericht über die Kreisversammlung nicht den Tatsachen entspricht. Eine zweite Resolution erblickt die ganze Unzufriedenheit mit dem neuen Tarif aus, obwohl der Gehilfenvertreter nochmals alle wesentlichen Momente und die ganzen Schwierigkeiten der diesmaligen Tarifrevision vor Augen gestrichelt hatte. Weiter wird darin die Stellungnahme der eschaf-lichprinzipalitä in Bezug auf die Lokalaufschläge bebauert, die in ihrer Höhe durch die herrschenden

Leuerungsverhältnisse gerechtfertigt seien. Die Straßburger Gehilfen würden sich gegen Verschlechterungen nach dieser Seite mit aller Macht wehren. Dann wird auch noch die Schreibweise des „Korr.“ verurteilt: „insbesondere nach den Verhandlungen“. Über den Einigungsvorschlag der Prinzipale in der Lokalaufschlagsfrage und die diesbezüglich am Orte geführten Verhandlungen referierte Kollege Almer. Nach diesem Einigungsvorschlage würde der Lokalaufschlag für Straßburg am 1. Januar 1912 auf 22 1/2 Proz. reduziert werden. Redner teilte den Kollegen die während der Verhandlungen mit der Prinzipalität gewonnenen Eindrücke mit und forderte sie auf, in der in dieser Angelegenheit stattfindenden Urabstimmung nach reiflicher Überlegung und nach bestem Wissen und Gewissen die Entscheidung zu treffen. In der Diskussion wurde das Ansinnen der Prinzipalität scharf verurteilt und Allgemein zum Ausdruck gebracht, daß von einem Eingehen auf den Einigungsvorschlag nach die Rede sein könne, um so weniger, als den Gehilfen beim Beitritte zur Tarifgemeinschaft im Jahre 1906 ausdrücklich das Versprechen gegeben wurde, an den Lokalaufschlägen für Eschaf-lichprinzipalitä künftig nichts zu ändern. In einer stark besuchten Versammlung in Wonn, in welcher Kollege Balbus über den Verlauf der Tarifberatungen referierte, stellten sich fast alle Diskussionsredner auf den Standpunkt des Referenten; nur ein Gegner erstand dem Tarifaufschlusse. In der gegen eine Stimme angenommenen Entschlieung stimmten die Versammelten dem Ergebnisse zu. Sie bebauerten allerdings die für einen Teil der Maschinenseher eingetretene halbstündige Arbeitszeitverlängerung, erkannten jedoch an, daß diese der Prinzipalität gemachte Konzeption unter den gegebenen Umständen leider nicht zu umgehen war. Den Gehilfenvertretern wurde für ihre mühevollen Arbeit Dank ausgesprochen. In Minden i. W. wurde nach ausgiebiger Diskussion das Erreichte im Allgemeinen als befriedigend bezeichnet und die Arbeit der Gehilfenvertreter dankend anerkannt. Die gleiche Stellung nahm man in Menden-Hemer ein. Eine gutbesuchte Bezirksversammlung in Kassel nahm den Bericht des Gehilfenvertreters Porten (Frankfurt a. M.) entgegen. Wenn es auch alle Diskussionsredner lebhaft bebauerten, daß in puncto Arbeitszeitverkürzung so wenig zu erreichen war und den Maschinensehern Verschlechterungen beschert wurden, so waren sie sich doch darin einig, daß nach Lage der Sache die Gehilfenvertreter gar nicht anders handeln konnten und daher volle Anerkennung verdient hätten. Von Maschinenseherseite wurde auf die Nachteile der Verschlechterungen für die Allgemeinheit hingewiesen. Einmütig erklärte sich die Versammlung in Anbetracht der schwierigen Situation, unter der die diesmaligen Tarifberatungen standen, mit den Abmachungen einverstanden. Die notgedrungen erfolgten Zugeständnisse bezüglich der Sechsmaschine und die geringe Arbeitszeitverkürzung wurden bebauert. Daß die Lohnhöhung allen Gehilfen, auch den höher entlohnten, zuteil werden müge, erhoffte die Versammlung. In Wingen a. M. hatte die Versammlung, die sich mit der Besprechung des neuen Tarifs befaßte, leider einen schwachen Besuch aufzuweisen. Nach einer Kritik der Verschlechterungen für die Maschinenseher und des Umstandes, daß den über die 3-Mark-Grenze Entlohnten kein tarifliches Anrecht auf die volle Lohnhöhung zustanden sei, gab man der Meinung Raum, daß eine schärfere Schreibweise des „Korr.“ nicht von Schaden gewesen wäre. Die angenommene Entschlieung bewegt sich im Sinne der angebeuteten Diskussion. Den Gehilfenvertretern wurde angesichts der zu bewältigenden Schwierigkeiten Dank ausgesprochen. Eine Bezirksversammlung in Landau erklärte sich in Verdrückung der enormen Schwierigkeiten bei den Beratungen mit dem von den Gehilfenvertretern Erreichten zufriedengefüllt, obwohl es den Erwartungen eines Teils der Gehilfen nicht ganz entspricht. Auf's tiefste wurde bebauert, daß es den Gehilfenvertretern nicht gelang, die Verschlechterungen für die Maschinenseher abzuwehren. In einer Bezirksversammlung in Rattowitz, wo 150 Mitglieder aus allen Bezirksorten vertreten waren, berichtete Kollege Fiedler (Dreslau) über den Verlauf der Tarifberatungen. Nach ausgedehnter Debatte wurde eine Entschlieung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die ganze Kraft der gewerkschaftlichen Arbeit in der Jetztzeit darauf gerichtet werden müßte, Front zu machen gegen jede unberechtigte Lebensmittelerhöhung durch den Zwischen- und Kleinhandel. Nur durch die Zurückhaltung der Steigerung der Lebensmittelpreise werde es möglich sein, Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse in Zukunft dem

Arbeiter mehr nutzbar zu machen. Die Versammelten forderten dazu auf, daß die örtlichen Kartelle der freien Gewerkschaften unter der Direktion der Generalkommission in allen Städten, wo nur irgend angänglich, Schritte unternehmen, die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel auf das notwendige Maß herabzudrücken, und schlugen zur Erreichung dieses Zweckes ein engeres Zusammengehen mit der Hamburger Großverkaufsgesellschaft vor. Die erste Versammlung des neuingerichteten Bezirks Wesel gab nach Anhörung eines Berichts des Gauvorstehers Albrecht (Köln) über die Tarifverhandlungen einmütig den Beschlüssen ihre Zustimmung unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß das Ergebnis nur unter gleichzeitigen Verschlechterungen für die Maschinenseher möglich war. Den Gehilfenvertretern wurde für nannhaftes Eintreten für die Gehilfeninteressen gedankt. Fast einstimmig erkannte eine in Oberlahnstein a. Rh. abgehaltene Versammlung tariftreuer Gehilfen aus Bad Ems und Oberlahnstein die gefaßten Beschlüsse des Tarifausschusses voll und ganz an und stattete den Gehilfenvertretern für mühevollen, aufopfernde Tätigkeit wärmsten Dank ab. Eine in Bissa stattgehabte Versammlung des Bezirks Posen vereinigte Vertreter aus 15 Druckorten. Gauvorsteher Wagner referierte über den Verlauf der Tarifrevision. In der lebhaften Diskussion wurde betont, daß die Lohnaufbesserung durch die herrschende Leuerung aufgewogen werde, ebenfalls kritisiert wurden die Zugeständnisse bezüglich der Sechsmaschinen und das Fehlen eines tariflichen Rechts auf Zulage für die mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnten Gehilfen. Die mühevollen Arbeit der Gehilfenvertreter wurde allseitig anerkannt und dankend gewürdigt. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in Mordlingen erstattete Gauvorsteher Seitz (München) Bericht über das Resultat der Tarifberatung. Die Diskussionsredner waren sich darin einig, daß die Gehilfenvertreter einen schweren Standpunkt hatten. Trotzdem den berechtigten Wünschen der Gehilfenchaft im einzelnen nicht Rechnung getragen sei, stimmten die Versammelten den neuen Tarifabmachungen zu und sprachen die Erwartung aus, daß die volle Lohnhöhung auch den höher Entlohnten zuteil werde. Eine Versammlung in Vamberg, in der Kollege Seitz (München) ebenfalls referierte, erklärte sich im großen und ganzen mit dem neuen Tarif einverstanden, während sich die Maschinenseher der Abstimmung enthielten. In Hirschberg i. Schl. fand eine Versammlung statt, an welcher die Vertrauensleute fast aller zum Bezirke gehörenden Druckorte teilnahmen. Das Referat erstattete Gauvorsteher Fiedler (Dreslau). Die Versammelten gelangten zu der Überzeugung, daß für die Gehilfen nicht mehr Vorteile und Verbesserungen herauszuholen waren, ohne den gewerblichen Frieden zu stören. Den Gehilfenvertretern wurde volles Vertrauen ausgesprochen und die Schreibweise des „Korr.“ in der Besprechung des neuen Tarifs gebilligt. Ferner gab die Versammlung dem Wunsch Ausdruck, daß auch den über die 3-Mark-Grenze entlohnten Gehilfen eine entsprechende Aufbesserung zukommen möge. Eine Versammlung in Pirmasens, die sich mit dem Tarifaufschlusse befaßte, war sehr mäßig besucht, was um so mehr zu bebauern war, als bereits eine wenige Tage vorher einberufene Versammlung wegen ungenügenden Besuchs nicht abgehalten werden konnte. Der Vorliegende beleuchtete die Vor- und Nachteile des Tarifaufschlusses. In der sehr lebhaften Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Pirmasenser Kollegen mit dem Ergebnisse nicht einverstanden seien. Die Verschlechterungen für die Maschinenseher und das Fehlen des tariflichen Rechts auf Zulage für die mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnten Gehilfen wurden scharf kritisiert. Bei der Neuregelung des Lokalaufschlags wurde anerkannt, daß im allgemeinen wohl ein besserer Ausgleich geschaffen worden sei. Daß aber eine Industrielektad wie Pirmasens, die in Bezug auf Lebensmittelpreise am höchsten in der ganzen Pfalz und bezüglich der Wohnmieten mit am höchsten in Deutschland dasthe, bei der Erhöhung der Lokalaufschläge leer ausgegangen sei, wurde allgemein verurteilt. Daß bei alledem solche Interesslosigkeit unter den Pirmasenser Kollegen herrscht, ist geradezu verwunderlich. In Zittau fand eine von 92 Kollegen aus allen Bezirksorten besuchte Bezirksversammlung statt, in der Gauvorsteher Weibsch (Dresden) referierte. Nach lebhaftem Für und Wider nahmen die Versammelten ohne besondere Resolution den Bericht zur Kenntnis und erklärten, sie für die Tarifdurchführung wirken zu wollen. Besonders betont wurde in der Debatte, daß Zittau mit seiner außerordentlich

verteuerten Lebenshaltung bei der Neuregelung der Sozialzuschläge recht ungünstig abgegrenzt habe. Eine Versammlung in Kempten erkannte das Ergebnis der Tarifrevision einstimmig an und sprach den Gehilfenvertretern für große Mühe volle Anerkennung aus. Wenn auch bedauert wurde, daß einige, einzelne Sparten treffende Verschlechterungen mit in Kauf genommen werden mußten, so sei das Gesamtergebnis doch im Interesse der Allgemeinheit zu begrüßen. Betreffs der mit mehr als 3 Ml. über Minimum entlohnten Kollegen sprach die Versammlung die bestimmte Erwartung aus, daß die Prinzipalität gerecht handelt und auch diesen Kollegen die volle Lohnzulage zu teil werden läßt. Der Bezirk „Oberer Schwarzwald“ hielt eine Versammlung in Oberndorf a. N. ab, die von 67 Kollegen aus neun Druckorten besucht war. Kollege Scharr (Oberndorf) hatte die Berichterstattung übernommen. Die Diskussion gestaltete sich sachlich. In ihrer Resolution bedauerte die Bezirksversammlung, die Berichterstattung über die Tarifverhandlungen nicht vom Gehilfenvertreter des Tarifkreises entgegennehmen zu dürfen. Sie erklärte, daß die Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen für Minimum und 3 Ml. darüber zu begrüßen seien; sprach aber ihre allgemeine Unzufriedenheit aus über Nichterreichung einer Erhöhung des Lohns für höher bezahlte Kollegen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von der Verschlechterung für die Maschinenseher. In Anbetracht der schwierigen Situation aber konnte sie den Gehilfenvertretern Anerkennung und Dank nicht versagen. Sie hoffte, daß alle Kollegen, die keinen Anspruch auf Verbesserungen haben, auf Grund ihrer Kenntnissen unbedingt auf eine Lohnerhöhung dringen. Ferner bedauerte man, daß dem bewährten Kollegen die Vorwürfe gemacht wurden, die einer Kreisversammlung unwürdig seien. Eine Regelung der Sozialzuschläge für die Druckorte auf dem Schwarzwald wurde als notwendig bezeichnet.

Unter den weiteren Maschinenseherversammlungen wurde in Bremen nach nochmal sehr erregter Debatte eine Resolution im Maschinenseherverein Nordwest mit starker Mehrheit angenommen, die wegen der Verschlechterungen für die Maschinenseher hinsichtlich Verlängerung der Arbeitszeit für Zeitungseher und Erhöhung der Stundenleistungen die totale Unzufriedenheit der Maschinenseherkollegen ausspricht und für die Gesamtheit schwere Schädigungen befürchtet. Die Zentralkommission soll baldmöglichst einen Maschinenseherkongreß einberufen. In der ebenfalls sehr gut besuchten Versammlung der Maschinensehervereinigung für den Bezirk Braunschweig erkannte der Vorsitzende die Erungschaften im neuen Tarife für die Allgemeinheit wohl an, durch die Verschlechterungen für die Maschinenseher würde das aber mehr denn ausgeglichen. Wenn der „Korr.“ gesagt habe, die Maschinenseher befänden sich auch so noch in günstiger Position, so sei doch auch die intensivere Anspannung aller Kräfte beim Maschinenseher zu berücksichtigen. Die Leipziger Wettseheri haben keinen Beweis für ein höheres Leistungsniveau erbracht, denn in der praktischen täglichen Arbeit würden die Reformseher ihre dauernden Leistungen bedeutend zurückschrauben müssen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, die Maschinenseher müßten sich jetzt noch fester zusammenschließen und einwandfreies Material für die Zukunft sammeln. Die Spartenleitung hätte in manchen Fällen verlangt, die Prinzipale wären zweifellos mit besserem Materiale versehen gewesen. Man sprach sich auch für die Abhaltung eines außerordentlichen Kongresses aus. Im Maschinenseherbezirksvereine Wielersfeld herrschte die allgemeine Ansicht, daß von Verbesserungen in den neuen tariflichen Bestimmungen für diese Sparte herzlich wenig zu spüren sei; einen solchen Tarif hätte sich niemand träumen lassen. Die Gehilfenvertreter hatten schwere Arbeit zu verrichten, zumal die Prinzipale durch die Angebote mit außergewöhnlich hohen Leistungen und durch die Überstundenkultur von Zuschlaglegen über viel Material verfügen konnten. In der Frage der Arbeitszeitverlängerung hätte sich die Gehilfenvertretung aber steifnackiger zeigen müssen; es wäre doch noch fraglich gewesen, ob daran der gewerbliche Friede gescheitert wäre. Die Verbandsklasse werde nun bald die Folgen zu spüren bekommen. Es heiße nun, sich unzufrieden zwar, mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. In der Versammlung der Oberschlesischen Maschinensehervereinigung (Eich Wentschen) zu Weiswig wurde der schwere Standpunkt der Gehilfenvertreter zwar nicht verkannt, aber bei einigem Nachdruck hätten die bestehenden Verhältnisse nicht verschlechtert werden können. (Die Re-

daktion gestattete sich den Einwurf, daß der noch größere Nachdruck nur der Kampf hätte sein können; man täusche sich darüber im allgemeinen und bei den Maschinensehern im besondern nicht und auch über das keineswegs unmögliche Resultat eines um die Sehmashine geführten Streiks nicht — siehe „Korrespondenzblatt“, „Leipziger Volkszeitung“ und unsere Ausführungen speziell zu diesem Punkte.) Man hätte lieber mit einer geringeren Lohnerhöhung sich abgefunden. Die Resolution des Brandenburgischen Maschinensehervereins wurde mit dem Zusatz des Bedauerns wegen der mit mehr als 3 Ml. über dem Minimum bezahlten akzeptiert und dann noch über eine Behauptung des Gauvorstehers Fiedler in Rattowitz Mißfallen geäußert. In Darmstadt waren die Maschinenseher aus den Bezirken Heidelberg, Mainz, Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt und Worms versammelt. Vorsitzender Philipp meinte, das Ergebnis könne um so weniger befriedigen, als die Tarifrevision doch in eine günstige Weise fiel: gute Konjunktur, Reichstagswahlen und große Teuerung. Die Verlängerung der Arbeitszeit für die Maschinenseher fordere den schärfsten Protest heraus, zumal die Tätigkeit der Maschinenseher von den Sozialhygienikern als eine der ungesundesten bezeichnet werde. Das Verbot von der Hemmung des technischen Fortschritts auf Arbeitgeberseite nehme sich recht eigentümlich aus, wenn man sich den Ausschlag und die Vergrößerung der Betriebe im Zeitungsgewerbe und bei den Sehmashinenfabriken vor Augen führe. In Anbetracht, daß die Sparten auf der anderen Seite (die Zeitungs- und die Buchverleger) bei den Tarifverhandlungen eine so große Rolle spielten und die Situation so außerordentlich verschärften, sei die stiefmütterliche Behandlung der Experten um so mehr zu verurteilen. In der von 20 Rednern bestrittenen Diskussion wurde einmütig der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Prinzipale bei dem Maschinenseherentarif einen ganzen Sieg errungen haben. Es gelte jetzt Mittel und Wege zu finden, um für die Zukunft vorbeugend zu wirken. Die Beteiligung von Verbandsmitgliedern an dem Leipziger Reformseher wurde entschieden verurteilt, desgleichen die Haltung des „Korr.“, und im weiteren gelangte noch ein Protest über das Verhalten des Verbandsvorstandes der Zentralkommission gegenüber zur Annahme. Der Zentralkommission wurde am Schlusse der 7<sup>ten</sup> ständigen Verhandlungen das Betragen ausgesprochen und von ihr erwartet, daß sie einen außerordentlichen Maschinenseherkongreß unter allen Umständen einberufe. Die einstimmig angenommene Resolution gibt die hier skizzierte Diskussion im Extrakt wieder. Die Maschinenseher in Hannover bedauerten in ihrer Versammlung, daß von den Maschinensehern in der Kreisversammlung niemand zum Worte gekommen sei. Dadurch wäre die irrtümliche Ansicht erweckt, die Hannoverischen Maschinenseher seien mit dem neuen Tarif einverstanden. Am meisten habe die Verlängerung der Arbeitszeit für die Kollegen in den Zeitungsbetrieben befreudet. Der „Korr.“ erhielt eine schlechte Junktur, im besondern wegen einiger Ausprüche. Die Resolution des Norddeutschen Maschinensehervereins wurde akzeptiert, wenn sich auch der „Korr.“ über dieselbe in ziemlich abfälliger Weise ausgesprochen habe. Durch die Verbilligung des Maschinenseheres wäre der Zeitpunkt nicht mehr fern, daß glatter Satz nur noch auf der Sehmashine hergestellt, dadurch die Erhöhung des Grundpreises für die Handseher illusorisch und eine allgemeine Schädigung der Kollegenschaft zur Tatsache werde. (Was nach Meinung der Redaktion reichlich viel Zukunftsmusik unter allzu starker Befegung mit Trübsalshörnern ist.) In Leipzig referierte Kollege Welschschmidt an der Hand reichhaltigen Materials über die Ergebnisse der Tarifrevision. Er meinte, gut 80 Proz. würden von der Arbeitszeitverlängerung betroffen. (Was jedoch zu hoch gegriffen ist, wie die Redaktion noch in einer der folgenden Nummern darlegen wird; in Leipzig mit seinem verhältnismäßig nicht bedeutenden Zeitungswesen sind von den Maschinensehern nur 16 Proz. in Zeitungen beschäftigt.) Das Leipziger Wettseher habe auch zur Folge gehabt, daß die Monotype mit 6400 Buchstaben Stundenleistung taxiert worden sei, die von zwei Drittel aller Monotypeseher nicht erreicht werden könne. Die Freigabe des Verzeichnisses würde das kleinere Übel gewesen, jedoch würde sich in Zukunft die Arbeitslosenziffer noch mehr steigern. Die Kommentierung zum § 46 verurteilte der Referent und auch am „Korr.“ hatte er manches auszusprechen; derselbe hätte sofort eine kurze, aber objektive Übersicht über die beschlossenen Verbesserungen und Verschlechterungen“ bringen sollen. (Hierbei gestattete sich die

Redaktion dem Kollegen Welschschmidt zu bemerken, daß die vernünftige, aber objektive Übersicht von andern Lesern bereits in der Nr. 116 vom 10. Oktober gefunden wurde. Am 28. Oktober — die Leipziger Maschinenseherversammlung fand am 29. Oktober statt — waren wir dann in der Lage, den vom Tarifamt inzwischen redaktionell fertiggestellten Maschinenseherentarif in seinem vollen Wortlaute zu veröffentlichen unter Vorausschickung eines Überblickes, welche Paragraphen eine Änderung erfahren haben.) In der recht ausgiebigen und zum Teil sehr erregten Diskussion war die Entrüstung allgemein, daß die Gehilfenvertreter zu solchen Bestimmungen sich verstehen konnten. Wenn Kollege Wogenitz in der Kreisversammlung Sturm gelaufen sei gegen die Zentralkommission und die Experten, so habe er nur einen Augenblickserfolg bei den Handseherkollegen damit erzielen wollen. Die Zentralkommission habe, wie aus einem Schreiben von ihr hervorgehe, aber ihre volle Pflicht getan. Daß kein Unterschied in den Leistungen zwischen Werk- und Zeitungsmaschinen gemacht wurde, sei ein Fehler. Den Werksehern werde es noch weniger möglich sein, die vorgeschriebenen Mindestleistungen zu erzielen. Den Tarifinstanzen müßte kein Zweifel belassen werden, daß die Bedingungen für die Leistungen und Handhabungen namentlich im Werkseher praktisch undurchführbar wären. Einige Redner übten an dem Verhalten der „Korr.“-Redaktion nochmals scharfe Kritik. Sie „habe durch ihre Schreibweise die öffentliche Meinung getäuscht, immer nur von den ‚Verbesserungen‘ im Maschinenseherentarif gesprochen, ohne die überwiegenden Verschlechterungen beim richtigen Namen zu nennen.“ (Worauf die Redaktion erwidert, daß entweder die Betreffenden nicht richtig zu lesen vermögen, dann sollten sie aber auch das Kritizieren lassen; oder aber sie selbst versuchen die öffentliche Meinung mit derartigen haltlosen Vorwürfen zu täuschen.) Die vom Vorstand eingebrachte Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen, laut der die Revision des Maschinenseherentarifs „einen sozialen Rückschritt sondergleichen“ bedeutet. Die Arbeitslosigkeit für die Handseher werde sich noch wesentlich verringern und durch die Kommentierung zum § 46 eine weitere Schädigung eintreten. Die Leipziger Maschinenseher überlassen die Folgen des neuen Maschinenseherentarifs den Gehilfenvertretern, „denen das volle Verständnis für Sehmashinenfragen abgeht.“ (Eine nette Schmeichelei speziell für die fünf Maschinenseherkollegen im Tarifauschuß und Tarifamt!) Leider fehle ein Mitbestimmungsrecht, weshalb nichts mehr zu ändern sei; andernfalls hätten die Leipziger Maschinenseher den Tarif glatt abgelehnt. Die von 200 Mitgliedern besuchte Versammlung protestierte nach zwei Ausschüssen aus der Sparte dann noch lebhaft gegen den Gehilfenvertreter Wogenitz und die Redaktion des „Korr.“, weil sie trotz erfolgter Einladung nicht in der Versammlung erschienen wären. (Die Redaktion hat sich jetzt an manches aus Maschinenseherkreisen gewöhnt und denkt gar vieles mit dem Mantel christlicher Liebe und Nachsicht zu. Außerdem ist ihr ja Gelegenheit gegeben, in der aus ganz bestimmten Gründen noch ausstehenden weiteren Behandlung des Maschinenseherentarifs auf die vielen Schiefheiten zurückzukommen. Über diesen Fall müssen wir doch sogleich etwas beleuchten, um zu zeigen, wie gegen die Redaktion gearbeitet und Erbitterung erzeugt wird, da man doch nun einmal einen Prigelfnaben haben muß. Mit den „Einladungen“ zu besagter Versammlung verhält es sich nämlich ganz merkwürdig. Kollege Wogenitz, dem man bei einer Gelegenheit mündlich diesen Wunsch äußerte, erklärte sogleich, er könne nicht kommen, da er schon so viele Tage entweder durch Versammlungen oder mit schriftlichen Arbeiten in Anspruch genommen sei. Also nach allen Regeln eine triftige Entschuldigung. Mit der Einladung der Redaktion verhält es sich noch sonderbarer. Am 29. Oktober, einem Sonntage, sollte die Maschinenseherversammlung stattfinden und am 27. Oktober wird an die beiden Kollegen Helmholz und Böblich nach einer Vertrauensmännerversammlung so en passant das Ersuchen gerichtet, die Redaktion möchte (übermorgen) in der Versammlung erscheinen. Helmholz erklärte darauf, daß er und Krahl an dem Tage bereits von der Organisation in Anspruch genommen seien und daher bestimmt nicht kommen könnten. Der Vorsitzende Welschschmidt war also schon genügend orientiert, daß es mit einer Vertretung der Redaktion wohl fraglich sein würde. Als nun am andern Tage dem Kollegen Schöpfer die Sachlage mitgeteilt wurde, stellte es sich heraus, daß er für jenen Sonntag sich etwas vorgenommen und dafür auch schon pekuniäre Auf-

wendungen gemacht hatte, so daß auch ihm der Versuch jener Versammlung unmöglich war. In der Redaktion bestand nicht die Absicht, diese Versammlung zu meiden; zur Information oder einer aufklärenden Aussprache wären wir bereit gewesen, wenn es eben möglich zu machen gewesen wäre. Wenn es aber mit solchen Einladungen so lag gehandhabt wird, daß man erst 36 Stunden zuvor davon in Kenntnis gesetzt wird, dann darf es auch nicht verwundern, wenn es nicht mehr zu ermöglichen ist, denn die Redaktion hat gerade in einer Zeit wie der jetztigen genug zu tun und kann nicht auf einen Wink hin in Bereitschaft stehen. Wie unter solchen Umständen da noch Vorwürfe gegen die Redaktion erhoben werden können, ist nur ein Beweis mehr, daß in Maschinensegetkreisen gegenwärtig auch die sachlichsten Momente nicht mehr auf objektive Würdigung zu rechnen haben.) Die Maschinensegetvereinerung für Oberbayern bestand auf ihrer Versammlung in München, daß nach den vermeintlichen Verbesserungen der neue Maschinensegetarif vergeblich durchgesetzt werden könne, vielmehr fänden sich zum größten Teile Verschlechterungen vor, namentlich bei der Monotype. (Da die Monotype bisher noch nicht tarifiert war, vielmehr dies seit Jahren ein Verlangen der Maschinensegeter ist, so kann wohl nur die Leistungsfähigkeit gemeint sein. Wenn das Berechnen eingeführt werde, würden sich gewiß große Unzulänglichkeiten herausstellen und die Schiedsgerichte starke Beschäftigung bekommen. Der Ortsvorsitzende Böbling griff verschiedentlich aufklärend in die Debatte ein. Die Rekorssegeterei in Leipzig wurde zum wiederholten Male verurteilt und „die Schreibweise des ‚Korr.‘ während und nach den Tarifverhandlungen einer nicht zu knappen Kritik unterzogen.“ (Da die Redaktion schon einigemal erklärt hat, daß sie während der Tarifverhandlungen über tarifliche Angelegenheiten nichts geschrieben hat, wird diese wiederholte Vorwurf nur noch unverständlicher.) In der Resolution wird neben den üblichen Verurteilungen im besondern die bedeutende Herabsetzung der einzelnen Preise für die Nebenarbeiten sowie die Zustimmung zum allgemeinen Berechnen bedauert. Von den Prinzipalen wird eine loyale Handhabung des Maschinensegetarifs erwartet; etwaige aus der Praxis entpringende Konsequenzen lehnen die oberbayerischen Maschinensegeter ab.

Vor den Berliner Korrektoren sprach der zweite Vorsitzende Müdiger über das Ergebnis der Tarifrevision für die Korrektoren: nicht ein Wunsch dieser Sparte hätte Berücksichtigung gefunden. Kollege Oberländer, der Vorsitzende der Zentralkommission, stellte eine von einem Prinzipalvertreter laut Beschlußprotokoll aufgestellte und widerspruchlos gebliebene Behauptung dahin richtig, daß nicht 26 Proz. zum Minimum entlohnt seien, sondern 26 Korrektoren insgesamt in Deutschland, das wären nur 2 Proz. Das Verhältnis der über Minimum Entlohnerten erhöhe sich daher von 70 auf 96 Proz. Um so mehr sei der hauptsächlichste Antrag der Korrektoren reif gewesen, tarifliches Geheh zu werden. Auch gegen die Befandlung der andern Anträge müsse protestiert werden. Wären die Experten der Korrektoren nicht von den Verhandlungen ausgeschlossen gewesen, hätte manche irrtümliche Auffassung der Tarifvertreter widerlegt werden können. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die Bedauern darüber ausdrückt, daß die äußerst bescheidenen Anträge der Korrektoren keinerlei Beachtung gefunden haben. Die Nichtanhörung der Korrektorexperten werde als unwürdige Zurücksetzung empfunden; daraus resultiere auch die Ablehnung der tariflich logischen Forderungen der Korrektoren. Vom Verbandsvorstand und von den Gehilfenvertretern hätte man eine bessere Unterstützung dieser berechtigten Wünsche erwartet.

Die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker für den Gau An der Saale erklärte sich auf einer Versammlung in Aschersleben mit dem neuen Tarif unzufrieden. Die Vorteile seien durch Preisgabe wertvoller Errungenschaften zu teuer erkauft.

**Volkswirtschaftliches.**

**Ursachen und Wirkungen.**

(Schluß aus Nr. 128.)

Die Zahl der Beispiele, in welchen gewerbliche und industrielle Unternehmen geradezu wucherische Profite bei der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung herauszuholen, ist sehr groß. Im „Korr.“ haben wir im Laufe der letzten Jahre schon viele eingehender beleuchtet, so daß wir uns an dieser Stelle eine weitere Aufzählung ersparen können. Man kann ruhig sagen, daß an dem Sinken des Wertes

der menschlichen Arbeitskraft, am Sinken des Geldwertes, die sinnlose Profitjagd des größten Teils des industriellen Unternehmertums ein gerüttelt Maß von Schuld trägt. Daß dabei auch ein beträchtlicher Prozentfuß von gewerblichen oder industriellen Unternehmungen in Frage kommt, deren Ertragsfähigkeit im Vergleiche zu der in ihnen aufgewandten Arbeitsmenge gering ist, ändert an den Schattenseiten wucherischer Ausbeutung in besser rentierenden Industriezweigen nicht das geringste. Im Gegenteil, nur zu oft sind horrende Betriebsgewinne in der einen Industrie direkte Urheber mangelhafter Rentabilität anderer Industriezweige. Wir verweisen da nur auf die diesbezüglichen Verhältnisse zwischen Papier- und Maschinenfabriken, den Buchhändlern und dem Buchdruckgewerbe. Die Reingewinne der Buchdruck- und sonstigen Maschinenfabriken sind durchweg sehr hoch, die Papierfabriken haben gleichfalls zum größten Teil riesige Überschüsse, und von den Buchhändlern weiß man, daß diese sich nicht selten Bücher, deren Herstellungskosten für Papier, Satz, Druck, Einband, Vertrieb und Autoranteil bei entsprechender Auflage auf 1 Mk. kalkuliert wurden, mit dem Preise von 3 bis 5 Mk. bezahllen lassen.

Soweit nun bei dieser Mitschuld des Unternehmertums an der ungünstigen wirtschaftlichen Lage sich ein direkter Druck auf die Arbeiter selbst zeigt, haben es diese zunächst in der Hand, durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen einen Gegendruck auszuüben. Bei unserer diesmaligen Tarifrevision zeigte sich dieser Gegendruck darin, daß es gelungen ist, die viel weitergehenden Wünsche und Forderungen der Prinzipalität ganz beträchtlich zurückzulenken. Daß dabei aber immer noch Konzessionen gemacht werden mußten, lag letzten Endes doch daran, daß die Gehilfenvertreter sich auf den Standpunkt stellen mußten, eine möglichst durchgreifende Lohnerhöhung sei die Hauptsache. Dieser Schwerpunkt war die Fessel für die Gehilfenvertreter, die es ihnen als praktisch rechnende Männer nicht ermöglichte, auf andern Gebieten jede Konzession zu verweigern.

Darin liegt aber die bittere Pille unserer ganzen wirtschaftlichen Zustände auch für die Gewerkschaftsarbeit. Vollen wir die Gewerkschaftsarbeit in Zukunft so nutzbar machen, daß auch das Arbeitsverhältnis leichter und freier wird, dann muß mit aller Macht dahin gestrebt werden, daß jene Ursachen beseitigt werden, die uns dazu drängen, in der Lohnfrage den Kulminationspunkt zu setzen. Und darum kann es uns als Gewerkschaftler auch gar nicht gleichgültig sein, wie sich draußen im öffentlichen Leben die Dinge gestalten, die in ihren Rückstrahlungen unsere Gewerkschaftsarbeit in ganz unerfreulicher Weise belasten. Es ist die verkehrte Wirtschaftspolitik, die wir da ins Auge zu fassen haben, wie sie sich neben den im vorigen Artikel schon gezeigten Ursachen noch in einer auf einseitige Interessenswirtschaft angelegtenen Zoll- und Steuerpolitik verkörpert.

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle den ganzen Zusammenhang, das ganze Netz der deutschen Zoll- und Steuerpolitik, die wie Zentnerlast auf der arbeitenden Bevölkerung lastet, entziffern. Nachstehende Übersicht, die das Resultat einer peniblen genauen Berechnung des Anteils an Zoll und indirekten Steuern auf die gebräuchlichsten Nahrungsmittel darstellt, tut das besser als die größte Artikelserie. Es trägt danach an indirekten Steuern bzw. Zoll durchschnittlich:

1 Kilo Roggenbrot	5,8 Pf.
1 " Weizenbrot	6,4 "
1 " Mehl	10,2 "
1 " Graupen, Grieß	12,0 "
1 " Fleisch	35,0 "
1 " Speck	36,0 "
1 " Schmalz	10,0 "
1 " Butter	20,0 "
1 " Margarine	20,0 "
1 " Käse	15,0 "
1 " Eier (20-25 Stück)	2,0 "
1 " Reis	4,0 "
1 " Bohnen	2,0 "
1 " Erbsen, Linsen	1,5 "
1 " Zucker	14,0 "
1 " Kaffee (roh)	60,0 "
1 " Tee	100,0 "
1 " Kakao	20,0 "
1 " Schokolade	50,0 "
1 " Gewürz	50,0 "
1 " Salz	12,0 "
1 Stück gering	0,5 bis 1,0 "
1 Liter Bier	4,5 "
1 " Branntwein	47,0 "
1 " Petroleum	6,0 "
1 Stück Pfeifenzigarre	1,0 "
10 " Zigaretten a 1,5 Pf.	2,0 "
10 " " a 2,5 "	3,0 "
1 Paket Streichhölzer	15,0 "

In welcher Weise diese indirekten Steuern und Bölle die Gesamtausgaben für den Lebensaufwand minderbemittelter Familien belasten, ist nach dieser Aufstellung ohne größere Schwierigkeiten an der Hand einer sehr lehrreichen Zusammenstellung des reichsstatistischen Amtes von 21 Haushaltungsrechnungen zu ersehen. In einem Sonderhefte des „Reichsarbeitsblatts“ wurden diese Erhebungen kürzlich erst veröffentlicht. Danach hatten 21 Familien in Höhe einer Jahresausgabe von insgesamt 40108,02 Mk. Davon entfällt ungefähr die Hälfte allein auf Nahrungs- und Genussmittel. Sie gaben dafür in einem der letzten Jahre zusammen 23192,40 Mk. aus, die sich auf die einzelnen Nahrungsmittel wie folgt verteilen:

Fleisch, Schinken, Speck usw.	4363,65
Wurst	1018,03
Fische, auch geräuchert	216,79
Butter	2392,96
Schmalz, Margarine usw.	630,87
Käse	355,67
Eier	894,06
Kartoffeln	1163,60
Grünwaren	699,82
Salz, Gewürze, Öl	417,00
Zucker, Sirup, Honig	367,75
Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw.	665,05
Obst und Süßfrüchte	682,43
Brot und Backwaren	4298,98
Kaffee und Kaffeeersatz	755,59
Tee, Schokolade, Kakao	89,35
Milch	2223,76
übrige Getränke im Hause	748,04
Sonstige Nahrungsmittel	343,06
Tabak und Zigarren	411,84
Ausgaben in Gastwirtschaften	440,01
<b>Zusammen:</b>	<b>23192,40</b>

In dieser Statistik sind, wie sich aus den Zahlen ergibt, nicht nur weniger bemittelte Familien beteiligt gewesen, denn sonst würden nicht pro Familie rund 1100 Mk. im Jahr allein für Nahrungsmittel ausgegeben worden sein. Zimmerhinz aber läßt sich ermaßen, wie eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel um 10 oder 15 Proz. wirken muß, wenn die Einkommen der Verteuerung nicht angepaßt werden können. Noch lehrreicher und für die Ausrechnung der indirekten Steuerbelastung zweckmäßiger sind die Einzelbeispiele dieser Statistik für einzelne Familien. Es betragen die Ausgaben in der Familie eines

	Zusammen	Fleisch u. Wurst	Butter	Kartoffeln u. Grünwaren
Betriebsleiters (2 Pers.)	2498,75	523,91	132,74	102,29
Stuttarders (3 " )	1713,82	253,43	115,10	63,12
Tageelöhners (4 " )	1162,05	145,24	68,38	91,57
Schreiners (4 " )	1437,33	163,47	53,85	37,92
Vorarbeiters (5 " )	1427,06	175,98	1,69	75,77
Kunstgärtners (5 " )	2523,85	186,74	187,88	101,85
Bureau-				
assistenten (5 " )	2918,96	379,12	162,03	93,54
Postassistenten (5 " )	2981,26	288,63	90,25	34,41
Maschinen-				
meisters* (6 " )	2388,67	460,06	150,85	74,53
Gartenarbei-				
ters (7 " )	1527,89	153,84	55,95	151,06

Aus diesen Zahlen ist nicht nur zu ersehen, welche Not in einzelnen Familien vorhanden ist, sondern auch mit einiger Überlegung die außerordentlich hohe Belastung dieser Ausgabekonten durch die indirekten, durch Reichsgehege geforderten Abgaben. In welcher unfinniger, ja geradezu wucherischer Weise sich die Einkommen des Deutschen Reichs aus Zöllen und Verbrauchsabgaben entwickelt haben, zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahre	Ertrag in Millionen Mark:					Zunahme
	Zölle	Verbrauchssteuern	Verkehrssteuern	Steuern und Zuschläge	Überschüsse der Betriebe	
1872-1875	108,1	116,7	5,7	18,9	5,3	—
1876-1880	127,0	135,1	6,6	22,1	0,4	1,8
1881-1885	196,7	142,0	19,8	26,7	9,7	2,4
1886-1890	297,1	185,4	33,6	18,9	43,5	3,0
1891-1895	364,2	270,3	42,0	11,6	42,8	5,7
1896-1900	455,6	312,1	66,3	14,6	55,0	16,3
1901-1905	523,2	324,9	92,2	17,3	67,3	13,6
1906	554,0	375,0	138,4	19,5	90,2	29,2
1907	647,7	399,8	135,9	15,4	76,0	40,1
1908	667,0	401,7	147,2	23,6	109,3	34,7
1909	626,6	405,9	138,3	14,5	89,6	28,8
1910	631,9	575,5	234,0	39,4	129,4	28,8

Im Jahre 1872 erforderten die Ausgaben des Reichs 357,4 Millionen Mark, im Jahre 1910 dagegen nach dem „Statistischen Jahrbuch“ für 1911 die horrenden Summe von 2853,7 Millionen. Die Summe stieg also um 636 Proz., während sich die Kopfzahl der Bevölkerung in der gleichen Zeit nur um 55 Proz. vermehrte. Von den einzelnen Posten der Reichsausgaben, deren Deckung nur durch Zölle, indirekte Steuern und Matritularbeiträge nach der Reichsverfassung möglich ist, sind hervorzuheben jener für die Verwaltung des Reichsheeres und der Marine mit 864.749.200 Mk. im Jahre 1910 und der für das Reichsfinanzamt mit 230.437.300 Mk., während für das Reichsamt des Innern nur 82.627.300 Mk. reserviert werden konnten. Die Reichsschulden sind seit Ende 1870 von 485.601.300 Mk. auf 5.016.633.500 Mk., also auf über fünf Milliarden Mark angewachsen; im Jahre 1910 mußten dafür 210 Millionen Mark Zinsen aufgebracht werden.

In diesen ungeheuren Lasten, die in ihrer Endwirkung nur auf dem Werte schaffenden Teile der Bevölkerung und somit in erster Linie auf den Arbeitern

\* Da die Gesamtausgaben des hier in Frage kommenden Kollegen das Durchschnittseinkommen eines Köhner Buchdruckers um mehr als 90 Proz. übersteigen, so kann es sich hier nur um einen besserbesalchten Spezialarbeiter handeln oder um eine Familie in der erwachsene Söhne und Töchter zur Verteilung des Haushaltts beitragen.

rufen, ist das Hauptübel auf wirtschaftlichem Gebiet in Deutschland zu suchen. In ihm liegt der schwerste Druck, der in der indirekten Verteuerung aller zum Leben unentbehrlichen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände neben überhöhter Profitgiererei des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmertums den Luftzug der auf ihrer Fährte Arbeit angehenden Volksgenossen so unendlich erschwert. Seit dem Inkrafttreten der famosen Finanzreform vom Jahre 1909 ist die indirekte Steuerbelastung für die breiten Massen des Volks geradezu unerträglich geworden. Auf die Finanzreform ist zum größten Teil die zunehmende Teuerung zurückzuführen, soweit sie sich schon im vorigen Jahr, also ohne Einfluß der Witterungsverhältnisse fühlbar machte. Das ist mit aller Deutlichkeit aus dem Vergleiche der Einnahmen des Reichs in den Jahren vor 1909 und derjenigen des ersten Lebensjahrs der Finanzreform, im Jahre 1910, festzustellen. In diesem einen Jahre schnellten die Einnahmen aus Verbrauchs- und Verbrauchsabgaben von insgesamt 544 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 810 Millionen, also um rund eine Viertel Milliarde Mark in die Höhe. Ähnlich zeigt sich die Wirkung des Zolltarifs von 1902, der in seiner Grundtendenz nichts anderes darstellt als eine verstärkte Belastung des Verbrauchs im Inlande. Die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen betragen im Jahre 1901 nicht ganz 524 Millionen Mark, im Jahre 1910 dagegen über 715 Millionen. Der Jahresunterchied besaßte sich demnach auch hier auf beinahe 200 Millionen Mark. Um rund eine halbe Milliarde Mark wurden also durch Zölle und indirekte Verbrauchsabgaben die Lebensbedürfnisse, Arbeit, Handel und Wandel von Reichs und Staats wegen in einem einzigen Jahre verteuert.

Leider ist aber damit die unheilvolle Wirkung dieser Steuern auf die Volkswirtschaft noch nicht erschöpft. Denn gerade die für den Verbraucher der meisten Waren in einzelnen unkontrollierbare Abgabenbelastung der einzelnen Produkte durch die Reichssteuergesetzgebung nicht nur den Großindustriellen, Fabrikanten und den Großhändlern eine über den eigentlichen Steuer- oder Zollbetrag noch hinausgehende Preiserschöpfung ihrer Produkte oder Verkaufsobjekte, sondern begünstigt auch nach dieser Richtung den Zwischen- oder Kleinhandel. Eine ganz raffinierte Steuerüberwälzung auf die Konsumenten hat sich herausgebildet. Folgendes Beispiel aus der Praxis mag das besser verständlich machen: In einer Stadt wurde das lokale Biersteuer von 65 Pfg. pro Hektoliter eingeführten Bieres aufgelegt. Der Bierbrauererbesitzer rundete diesen Betrag für seine Abnehmer auf 1 Mk. auf und die Wirt erhöht den Preis eines viertel Liters Bier um 1 Pfg. Aus den 65 Pfg. Steuern sind auf diese Weise 4 Mk. pro Hektoliter geworden. Der Bierbrauer machte seinen Schnitt, der Wirt einen noch größeren und der Biertrinker hatte nichts anderes zu tun als zu bezahlen oder auf das Bierentinken zu verzichten. So oder ähnlich ging und geht es durch die Bank an allen Orten und mit allen Artikeln, die von der Finanzpolitik des Reichs und der Einzelstaaten erfährt werden konnten.

Es haben nun gegen diese wucherische Ausbeutung die Verbraucher schon manchen kräftigen Anknurr unternommen, und zwar durch die Waise des Boykotts und in besserer Weise durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Während sich die erste Waise, der Boykott, in der Regel für die Arbeiterschaft selbst als eine sehr zwecklose erwiesen hat, wirkt dagegen die der Konsumgenossenschaften ganz vorzüglich. Leider aber vorläufig nur teilweise. Die große Waise der Arbeiterschaft steht diesem ausgezeichneten Mittel der Selbsthilfe noch viel zu interesselos gegenüber. Und doch ist neben der Gewerkschaftsarbeit der genossenschaftliche Zusammenschluß und seine praktische Wirksamkeit, wie dies z. B. unsern Lesern schon seit Jahr und Tag im „Korr.“ unter der besonderen Rubrik „Aus dem Genossenschaftsleben“ vor Augen geführt wird, eine der schärfsten Instrumente, mit denen die heutige unzulässige Wirtschaftsordnung am wirksamsten beschritten und gebessert, wie auch mehr Luft und Bewegungsfreiheit für die Gewerkschaften gewonnen werden könnte. Jedes neue Mitglied der Genossenschaftsbewegung verstärkt ihre Macht. Und wenn man bedenkt, wie preisregulierend an vielen Orten schon die Konsumvereine der Arbeiterschaft gewirkt haben, wie die Großeinkaufsgesellschaft der deutschen Konsumvereine schon da und dort maßgebenden Einfluß auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse in manchen Fabriken ausüben konnte, dann bietet sich hier ein Lichtblick für die Zukunft, der uns und allen Arbeitern zeigt, daß trotz mächtiger Feindesringsum die heutigen Zustände Schritt um Schritt überwunden und gebessert werden können. Nur ist dabei eins nötig: Es gilt anzuharren und nicht die Finte ins Korn zu werfen. Allmächtig sind die Gewalten nicht, die das heutige Wirtschaftsleben beherrschen; sonst hätten sie es schon längst unternommen, die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung zu erdrücken. Wohl lassen sie kein Mittel unversucht, um diese Zweige der Arbeiterbewegung zu unterdrücken und zu zerpflücken. Aber trotzdem wächst und wächst die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder und der Genossenschaftler von Tag zu Tag. Und jeder neue Tag im öffentlichen Leben zeigt, daß es mit dem beliebigen Schalten und Wälten jener Kreise, die bisher glaubten allein das Heft in Händen zu haben, wenn auch noch nicht vorbei, so doch von Tag zu Tag weniger wird.

Das zeigte sich im bisherigen Verlaufe der noch im Gange befindlichen Volksbewegung gegen die herrschende Teuerung aufs deutlichste. Das Verlangen nach Abwehrmaßnahmen durch die Gemeinden, Städte, Landes- und

Reichsregierungsbehörden wurde noch vor wenigen Wochen teils schroff ablehnend, teils ausweichend beantwortet. Aber nach und nach trat doch ein Umschwung ein. Eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen hat sich nicht gescheut, einen kleinen „Auschnitt aus dem Zukunftstaate“, wie sich der Dresdener Oberbürgermeister vor einiger Zeit bei Gelegenheit einer Teuerungssdebatte im Dresdener Rathause ironisch ausdrückte, ihrem Vektor einzuverleihen, und zwar durch Übernahme des Großeinkaufs und des Kleinerkaufs von Nahrungsmitteln zu Selbstkostenpreisen. Diese Maßnahmen sind zwar in erster Linie auf das tatkräftige Eintreten der in den betreffenden Stadtverordnetenversammlungen tätigen Arbeitervertreter und ihnen näherstehender Kreise zurückzuführen, aber auch auf Anregung der einzelnen Landesregierungen. Und gerade das letztere ist ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit. Es ist neben der Anerkennung von oben, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar sind, auch das Zugeständnis, daß das bisherige System der staatlichen und städtischen Wirtschaftsordnung ganz gut prinzipielle Verbesserungen ertragen kann. Denn wenn die in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen in vielen Städten auch noch alsbald den Charakter von Ausnahmemaßnahmen tragen, so wird durch sie doch praktisch der Beweis erbracht, daß es sehr gute Mittel und Wege gibt, die herrschende Not zu lindern. Soweit sich dabei noch ein allgemeines Widerstreben einzelner Kreise zeigt, wird auch daraus für alle denkenden Arbeiter nur die Lehre zu ziehen sein, soweit es in ihrer Macht liegt, bei den nächsten Wahlen und bei sonstigen Gelegenheiten den Einfluß dieser Kreise immer weiter zurückzudrängen. In diesem Sinn ist es auch heute schon auf der Gewinnseite zu buchen, daß z. B. in einem am 26. September d. J. veröffentlichten Runderlasse der preussischen Regierung über die Lebensmittelteuerung u. a. folgendes zu lesen ist:

... Dieses Mißverhältnis wird auch neuerdings in der Mehrzahl der Tageszeitungen fast aller politischen Parteirichtungen gebührend beleuchtet, wobei dringend Abschlüsse verlangt wird. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe des Staates sein, unmittelbar einzugreifen; hier müssen die Kommunen eintreten. Eine wirksame Betätigung der städtischen Verwaltungen auf diesem Gebiet erscheint uns so dringender, als die lange Dürre dieses Jahres eine Anzahl anderer notwendiger Nahrungsmittel der unbemittelten Bevölkerungsklassen, u. a. die Kartoffel, teils schon in bedauerlichem Maße verteuert hat, teils zu verteuern droht. Daher wird in denjenigen Städten, in denen ein Bedürfnis hierzu besteht, auf die Gemeindeverwaltungen, soweit sie nicht von selbst schon Schritte getan haben, dahin einzuwirken sein, daß Maßnahmen zur Verbilligung der Lebensmittel, insbesondere aber der Fleischversorgung, getroffen werden.

Es wird sich im wesentlichen darum handeln, daß — zweckmäßigerweise durch besonders zu bildende Ausschüsse — mit den Fleischhändlern über eine den Viehpreisen angemessene Festsetzung der Fleischpreise verhandelt wird. Sollten diese Erörterungen keinen Erfolg haben und die Behörden zu der Überzeugung gelangen, daß die Fleischpreise zu hoch sind, so muß dringend empfohlen werden, die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch von den Städten einzurichtende Verkaufsstellen in Angriff zu nehmen, wie solches während der vor zwei Jahren herrschenden Fleischteuerung mehrfach mit Erfolg geschehen ist. Des weiteren käme die Frage der billigeren Beschaffung von Seefischen und ihre Abgabe an die Bevölkerung auf besonders einzurichtenden städtischen Fischmärkten in Betracht. Eine Reihe von Städten ist bekanntlich schon in dieser Richtung mit Erfolg tätig gewesen. Endlich würde noch zu prüfen sein, ob nicht auch durch den regelmäßigen Bezug von andern Nahrungsmitteln des Massenverbrauchs, beispielsweise von Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Kohlrarten, eine Verbilligung der täglichen Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung erreicht werden kann. Um eine solche Wirksamkeit zu erleichtern, hat das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 16. September bereits beschlossen, Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen, die Lebensmittel dieser Art zu oder unter den Selbstkosten verteilen, bei dem Bezuge besondere Frachtermäßigungen zu gewähren. Auf diese Sondervergünstigungen ist besonders aufmerksam zu machen.

In diesem Erlasse finden sich so viele Anknüpfungen an alte Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, daß nur zu wünschen wäre, jene, die es angeht, würden sich auch mit demselben Eifer danach richten, wie sie sonst von der Arbeiterschaft die Befolgung behördlicher Erlasse verlangen. Bis jetzt sah es jedoch mit diesem guten Beispiele vor allem ziemlich dürrig aus; immerhin sind aber bemerkenswerte Anläufe dazu vorhanden. Eine kleine Ausnahme möge dies bestätigen: Zunächst hat die Magdeburger Eisenbahndirektion ihren Beamten weit über 50000 Zentner gute Speisekartoffeln zum Preise von 3,20 Mk. vermittelt und ihnen ratenweise Bezahlung ermöglicht. Der Gemeinderat in Algringen (Württemberg) hat einer besonderen Kommission 40000 Mk. zur Verfügung gestellt, damit sie gegebenenfalls Fleisch eintaufe und es im städtischen Schlachthause zum Verkauf bringe, wenn die Wägger ihre Ein- und Verkaufspreise nicht besser miteinander in Einklang bringen. In Chemnitz stellte das Stadtverordnetenkollegium 80000 Mk. zur Beschaffung billiger Lebensmittel bereit. Mittelständler und Händler sind darob fast aus dem Häuschen geraten. Kommunale Maßnahmen zur Beschaffung billiger Lebensmittel beschloß ferner der Gemeinderat von Eisenach. Die Stadtverwaltung von Essen richtete einen Kartoffelmarkt ein, auf dem zum Selbstkostenpreise bis zu 15 Zentner an

alle Einwohner abgegeben werden, die bis zu 4200 Mk. Einkommen haben. Für den Ankauf von Kartoffeln hat auch die Stadt Götting 50000 Mk. ausgemorfen. Aus städtischen Mitteln beschaffte der Magistrat von Hanau billige Kohlen, Kartoffeln, Kraut, Hülsenfrüchte und Milch. Diese werden in kleineren Quantitäten an Minderbemittelte zum Selbstkostenpreis abgegeben. In Hohenheim-Ernstthal bewährte sich der städtische Kartoffelmarkt so gut, daß der Preis pro Zentner bei den übrigen Händlern von 5 bis 6 Mk. auf 4 Mk. gefallen ist. Der Karlsruher Stadtrat hat 20 Waggon Kartoffeln aus Holland bezogen und sie zum Selbstkostenpreis an Minderbemittelte abgegeben. In M. Gladbach richtete die Stadtverwaltung in der Markthalle einen billigen Verkauf ein. Das hatte zur Folge, daß auf den Gemüsemärkten die Preise für Weißkohl, Rotkohl und Blumenkohl, die noch am Tage vorher 50 bis 60 Pfg. pro Stück betragen, auf 35 bis 40 Pfg. herabgingen. Der Stadtrat von Mannheim hat beschlossen, Kartoffeln im großen einzukaufen, einen eignen Weißkraut- und Kartoffelausmarkt einzurichten und zur Bekämpfung der Milchnot kondensierte Milch in eigener Regie zum Verkauf zu bringen. Für eine städtische Milchzentrale wurden 5000 Mk. bewilligt. In München hob der Magistrat den Pfasterzoll für Kartoffeln und Gemüse auf, errichtete städtische Verkaufsstände für Kartoffeln und erreichte dadurch ein sofortiges Sinken der Preise bei den übrigen Händlern, bewilligte ferner die Summe von 113000 Mk. zum Ausbau einer Kühlanlage für argentinisches Fleisch und Seefische. Falls die Metzger sich weigern, die Preise herabzusetzen, will die Stadtverwaltung eigene Fleischverkaufsstände errichten. In Solingen beschloß die Stadtverwaltung den Großeinkauf von Kartoffeln und Gemüse zur Kleinabgabe ohne Preiszuschlag an die Bevölkerung. Auch in Stragburg soll ein städtischer Kartoffelmarkt errichtet werden. Es wurden bis jetzt schon 54000 Zentner Kartoffeln an die städtischen Beamten und Arbeiter um ein Drittel billiger abgegeben als zum Marktpreis. In Wiesbaden wurden Einrichtungen zur billigen Versorgung mit Fleisch, Brot, Kartoffeln, Gemüse und Kohlen getroffen. Das gleiche beschloß nach dem Vorbild einer Reihe größerer pfälzischer Städte der Stadtrat von Zweibrücken. Wegen die dortige Weggerinnung, die nach Beweisen des Schlachthofdirektors die Fleischpreise künstlich in der Höhe hält, wurden besondere Maßregeln in Aussicht gestellt.

Diese Liste könnte noch außerordentlich erweitert werden, doch drängt uns Raumangel zur Kürze. Die angeführten Fälle beweisen zur Genüge, daß, wo ein Wille ist, sich auch ein Weg findet, der in mancher Beziehung die schlimmsten Folgen der herrschenden Teuerung einigermaßen abschwächen kann. Es sind aber nur Palliativmittel, d. h. Linderungsmitel, die die Grundursachen der haltlosen Zustände nicht im geringsten verändern. Diese Abwehrmaßnahmen der Stadtverwaltungen und sonstiger Behörden beschränken nur die schlimmsten Auswüchse des Zwischenhandels. Dauernde Hilfe können sie nicht bringen, weil durch sie die Profitgiererei eines rücksichtslosen Unternehmertums so wenig getroffen wird, wie die ungeheurer einseitige und progressiv sich steigende Belastung der breiten Volksmassen durch die heutige Zoll- und Steuerpolitik gemildert. Gründliche Besserung kann einzig und allein nur durch eine ehrlichere und gerechtere Gestaltung der grundlegenden Gesetze von unten auf erreicht werden. Das kann und wird sich ermöglichen lassen durch eine den wirklichen Verhältnissen des deutschen Volks besser angepaßte Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften in Stadt und Land und Reich.

Nichts könnte die Berechtigung dieser Auffassung nachdrücklicher bestätigen als der Verlauf und das bisherige Ergebnis der Debatten im deutschen Reichstage vom 23. bis 26. Oktober d. J. über die Teuerung. Wir hatten ursprünglich die Absicht, den Verlauf der Verhandlungen im „Korr.“ etwas eingehender zu schildern, doch mußten wir davon Abstand nehmen, weil die Debatten einen zu großen Umfang annehmen und schließlich trotz viertägiger Verhandlung doch noch nicht zu Ende geführt wurden. Wir können daher unsern Lesern vorläufig nur dringend raten, die Verhandlungsberichte der 195. bis 198. Sitzung des Reichstags gründlich zu studieren, wobei wir jedoch voraussetzen, daß dabei nicht einseitig verfahren wird, sondern nach Möglichkeit die Verichterstattung verschiedener Parteien zu Rate gezogen wird. Da ist zu finden, welche von den Parteien die Interessen der arbeitenden Bevölkerung am besten und ehrlichsten gewahrt hat, wie sich in diesen Berichten von links und rechts für uns als Gewerkschafter auch nur das eine mit Klarheit erkennen lassen wird, daß Ursachen und Wirkungen der ganzen gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nur so und nicht anders zu betrachten sind, als wir es in diesen Artikeln in groben Strichen niedergelegt haben.

Auf diesem Wege werden dann aber auch alle aufmerksamsten Leser erkennen, was es für die Zukunft zu bedeuten hat, wenn der Reichstagsrat auf schwere Anklagen vieler Volksvertreter gegen die herrschende Wirtschaftspolitik des Reichs nichts anderes zu erklären wußte, als daß er an der bisherigen Wirtschaftspolitik festzuhalten gedenke und es als „Schutz der nationalen Arbeit“ betrachte, keinen Schritt vom bisherigen Weg abzuweichen. Es sollen also auch fernerhin von Reichs wegen die Gesetze in ihrer bisherigen Tendenz gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse und für weitgehenden Schutz der Unternehmer- und Geldmachtsinteressen erhalten und durchgeführt werden. Auch fernerhin soll die Zoll- und Steuerpolitik nicht auf offenkundig, geradem Wege, die nur aus den Quellen der Arbeit und der Natur gespeisten

Reichthümer zur Deckung der Staatsbedürfnisse heranziehen, sondern auf verschleierte und dunklen Wegen die breite Masse des Volks wie bisher belastet bleiben.

Wie bisher soll unter dem Druck der heutigen Wirtschaftsordnung unsere Gewerkschaftsarbeit gekümmert und verfolgt werden. Wie bei den diesmaligen Tarifverhandlungen die Not der Zeit und geschäftliche Übermächtigkeit unsern Gehilfenvertretern die Hände banden, so soll es nach dieser Theorie Bethmann Hollwegs auch in Zukunft bleiben. Demgegenüber kann es für uns und alle freien Gewerkschaftler zum wirklichen Schutz unserer nationalen Arbeit nur das Ziel geben, dahin zu trachten, daß jeder Stein, der aus der Zwingmauer der heutigen Wirtschaftsordnung herausgebrochen wird, sie schwächer macht und unser Baumaterial vermehren hilft. Kein unüberlegter Sturm, der nur blutige Köpfe bringen könnte, kann unser Ziel sein, sondern unermüdete Kleinarbeit in Aufklärung über die wahren Ursachen unserer Lage und kameradschaftliche gegenseitige Hilfe soll jeden ferneren Tag und jede weitere Stunde zu einem Gewinn auf unsrer und zu einem Verlust auf jener Seite stampeln. Auf diesem Wege begegnen uns die ersten Hürden, alles zu tun und nichts zu unterlassen, was dazu dienen kann, ein so volks- und arbeiterfeindliches System zum Wank zu bringen. In diesem Sinne den Freitag, den 12. Januar des Jahres 1912, zu einem Tage der Abrechnung zu gestalten, sei nicht zuletzt auch unser Werk als die logische Folge von Ursachen und Wirkungen! -r.

## Korrespondenzen.

**Welsheim (Waden).** In der am 29. Oktober abgehaltenen Versammlung, zu welcher sich sämtliche Kollegen der hiesigen Mitgliederschaft eingeladen hatten, erstattete unser Bezirksvorsitzender Schneider (Heidelberg) Bericht über die Bezirksvorsitzendertagung, die sich hauptsächlich mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen befaßte. An den Bericht schloß sich an der Hand einer reichhaltigen Musterammlung moderner Druckmaschinen ein sachverständiger Vortrag des Kollegen W. A. Schmitt (Heidelberg), welcher den aufmerksam zuhörenden Kollegen manche wünschenswerte Anregung bot. Beiden Heidelbergern Kollegen sei auch an dieser Stelle bester Dank gesagt.

**Breslau.** Nach Ehrung des Andenkens dreier verstorbener Kollegen, des Invaliden Max Mann, des Seehers Max Häbig und des früheren Geschäftsführers der Breslauer Genossenschafts- und Buchdruckerei Wilhelm Grütner, welcher letzterer schon seit 1865 unserm Reichen angehörte und in früheren Jahren ein sehr rühmliches Mitglied war, wurde in der am 5. November abgehaltenen Bezirksversammlung eine größere Anzahl neuer Mitglieder in unsere Reihen aufgenommen. Darunter ein namhaftes Mitglied des Eisenbergbundes. Hierauf hielt ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Herr Schneidewind, ein wegen der Tarifrevision bis jetzt verschobenes Referat über den Gewerkschafts-Kongress. In sachlicher Kürze und doch klarer Ausführlichkeit ging Redner die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Kongresses durch und schloß eingehend, was die Gewerkschaften in den letzten Jahren durch den Zusammenstoß zu leisten imstande waren. Durch reichen Beifall bekundete die Versammlung ihre Dankbarkeit für die trefflichen Ausführungen des Referenten. Nach einigen Erörterungen auf tariflichem Gebiete, in welcher der Vorsitzende die Situationsberichte über die Aufnahme des neuen Tarifs streifte, konnte sodann unser Vorsitzender den Kollegen Rathhäuser begrüßen, welcher sein Domizil hier in Breslau aufgeschlagen hat und in unsrer Mitte seine volle Kraft einsetzen zu wollen versprach. Das Restaurantwesen verursachte wiederum eine längere unerquickliche Debatte, als deren Resultat der Ausschluß eines Mitgliedes sowie die Annahme eines Vorstandsantrags hervorhing, der ein schärferes Vorgehen gegen die Gewohnheitsrestanten verlangte. Sodann bewilligte die Versammlung den ausgesperrten Tabakarbeiter eine Beihilfe von 100 Mk.

**H.-t. Braunsberg (Estr.).** Am 28. Oktober fand hier eine außerordentliche Monatsversammlung statt, die fast von sämtlichen Mitgliedern besucht war. Anwesend waren Gauvorsitzer Reizner, der zweite Vorsitzende Krause (Königsberg) einen Vortrag über die Tarifgemeinschaft. In einem dreiviertelstündigen Vortrage führte uns der Redner den ganzen Werdegang der Tarifgemeinschaft vor Augen und verstand es, die Unzufriedenheit der Kollegen zu lessen. Zum Schluß kam Redner auch auf den jetzt abgeschlossenen Tarif zu sprechen, jedoch überließ er den eigentlichen Bericht von den Tarifverhandlungen unserm Gauvorsitzer Reizner. (Wesentlich dessen Aufnahme sei auf die Situationsberichte verwiesen. Red.)

**H. Bezirk Dortmund.** Die dritte diesjährige ordentliche Bezirksversammlung fand am 29. Oktober in Dortmund statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Wilhelm Köhler aus Leipzig. Vorsitzender Schippers wies darauf hin, daß der Verstorbene sich seit Jahren in ungewöhnlicher Weise in den Dienst der Organisation gestellt und sich so das Vertrauen und die Achtung aller erworben habe. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß die Kollegen Frick und Otto Bücking (Hörde) am 3. Oktober auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken konnten. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten kam man

zum Hauptpunkte der Tagesordnung: „Die Ergebnisse der Tarifrevision“, worüber unter den Situationsberichten das Nähere zu finden ist.

**Haderleben.** Die hiesige Druckerei „Mödersmalet“ A.-G., führte mit dem 28. Oktober den neuen Lohnstarif ein. Es traten für sämtliche Personalsohnverhältnisse von 4 bis 5 Mk. ein. Die verheirateten Kollegen bekommen jetzt, trotzdem wir nur 2½ Proz. Solalzuschlag haben, einen Mindestlohn von 31 Mk., die ununterhaltenen, auch die zurzeit zur Anstellung eingestellten, 29 Mk.

**Heidelberg.** Die am 28. Oktober abgehaltene Versammlung war nur mäßig besucht. Nach Erledigung eines Aufnahmegerichts, das zurückgestellt wurde, erstattete der Vorsitzende Bericht über die Bezirksvorsitzendertagung in Mannheim, auf welcher Gehilfenvertreter Albrecht (Röln) über das Ergebnis der Tarifverhandlungen referierte. Von der Abhaltung einer Beihilfenfeier wird dieses Jahr Abstand genommen werden. Aus dem vom Kollegen Röhl erstatteten Kartellbericht ging hervor, daß auch in Heidelberg die Gründung eines Konsumvereins beabsichtigt ist, um der Feuerung einigermaßen zu steuern. Verschiedene Vereinsangelegenheiten interner Natur bildeten weitere Punkte der Tagesordnung.

**Nürnberg.** Vom Vorsitzenden der Mitgliederschaft, Kollegen Weichmidt, ging uns unter Bestätigung des Referenten in betreffender Versammlung, Kollegen Seig (München), folgende Mitteilung zu: In dem Referat über die Nürnberger Versammlung wird gesagt: Die ausgiebige Diskussion bewegte sich ausschließlich im Fahrwasser der Opposition. Dies ist nicht richtig, da sich einige Redner für die Annahme des Erreichten aussprachen. Ferner wird behauptet: Außerdem wurde die Sachverhalte des „Korr.“ allgemein kritisiert, der es speziell in letzter Zeit ganz vergesse, daß er das Gehilfenorgan sei. Auch dies ist nicht richtig. Von einer allgemeinen Beurteilung kann nicht gesprochen werden, wenn einige Redner ihrem Unmut über die Haltung des „Korr.“ Ausdruck verliehen. Wenn sich der Verlauf der Versammlung wirklich so abgepielt hätte, wie in dem Referat geschildert, wäre sicher die erste schärfere, den Tarif ablehnende Resolution zur Annahme gelangt. (Zu dieser Nichtigstellung sei bemerkt, daß die beantragten Stellen in unserm Referat über die Nürnberger Versammlung wirklich aus dem Berichte des dortigen Schriftführers übernommen worden sind. Wenn der tatsächliche Verlauf der Versammlung ein anderer, d. h. für die Organisation und die „Korr.“-Debatte erfreulicher, gewesen ist, dann muß man es begreifen. Die zu falschen Deutungen Anlaß gebende Informierung der Öffentlichkeit bitten wir aber auf das Konto des Schriftführers zu setzen. Red.)

## Rundschau.

Die Folgen übertriebener Segmaschinen-Verkaufe haben den Drucker und Verleger der Luburger „Preiszeitung“ in eine arge Klemme gebracht. Er sah sich nämlich in den letzten Tagen gezwungen, durch ein Extrablatt dem Leserkreis seiner Zeitung zu verkünden, daß „wegen Erkrankung des Maschinensetzers“ die fällige Nummer der „Preiszeitung“ erst am Abend des andern Tags zur Ausgabe gelangen könne; über einen Tag später als sonst. Dieses blamable Eingeständnis völlig unzureichender Besetzung im Personale der Luburger „Preiszeitung“ kann nur darauf zurückzuführen sein, daß der Glaube an eine von Fabrikseite gesicherte Rentabilität und Betriebsicherheit der Segmaschine beim Herausgeber der Zeitung den Gedanken an Arbeitslosigkeit auch nur einer Ergriffenheit unter dem übrigen Arbeitspersonal gar nicht aufkommen ließ. Infolge der mit allen taufmännischen Feinheiten operierenden Klemme der meisten Segmaschinenfabriken glaubt heute bald jeder Zeitungsverleger selbst in den entlegensten und unansehnlichsten Druckorten sich eine Segmaschine anschaffen zu müssen. Kaum ist die Segmaschine dann da, so merken sie, daß es mit ihrer Rentabilität und allseitigen Verwendbarkeit ganz anders aussieht, als sie es sich vorher gedacht haben. Sie fangen dann an zu sparen; aber am verletzten Ende. Es reduzieren ihr bisheriges Arbeitspersonal auf das Mindeste, daß nur noch mit ständigen Hängen und Würgen bei der Fertigstellung der Zeitung durchzukommen ist. Versagt aber nur einmal ein Mädchen in dem Betriebe, so ist ganz Holland in Not. Es wird gleich gar nichts fertig und als letztes Mittel bleibt nur ein Extrablatt, das der Mitwelt verkündet: im Betriebe der „Preiszeitung“ stockt der Betrieb, nicht deshalb, weil ein Arbeiter krank geworden ist, sondern weil die Geschäftsleitung mit einer so leichten Möglichkeit vorher gar nicht gerechnet hat! Vom Gehilfenstandpunkt aus könnten wir ja solche Meinfälle als warnende Beispiele nur begreifen, aber leider zeigt sich bei näherer Prüfung in der ganzen Sache auch die Quelle großer Nachteile für die Gehilfenerschaft und für die Allgemeinheit. Denn eine so sinnlose Einführung der Segmaschinen am unwichtigen Plage vermehrt nicht nur das Heer der arbeitslosen Gehilfen, sondern bedrückt auch die betreffenden Betriebe mit unnötigen Lasten, die entweder nur durch intensivere Anspannung der Arbeitskräfte jedes einzelnen oder durch Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise ausgeglichen werden könnten. Eine solche gefährliche Danaidenarbeit erfordert nicht nur unserzeitige Bekämpfung, sondern auch durch die Öffentlichkeit, weil sich darin eine Hemmung des technischen Fortschritts durch unpraktische und überspannte Ausnutzung des technischen Fortschritts verkörpert. Der Fang der Allgemeinen Buchdruckerunterstützungskasse, den diese auf ihrem Eisenacher Beheim-

konventikel am 28. Oktober d. J. mit der Einverleibung der ominösen Leipziger Zweiten Klasse gemacht hat, verbietet es, daß wir der Wahrheit halber unsern Bericht in Nr. 128 noch ein wenig ergänzen. Wir haben geschrieben, die Klasse hätte nicht ganz 500 Mitglieder. Nun müssen wir aber berichtigen, daß sie nicht einmal 400 zu ihren Lieben zählt, sondern nur 375 bis 379 je nach dem Kassenzweig. Unter 378 Mitgliedern der Krankenkasse befinden sich jedoch 67 Prinzipale oder Faktoren. Die Invalidenkasse hat 379 Mitglieder und muß nicht weniger als 67 Invaliden unterstützen und zur Witwenkasse steuern außer 379 Mitgliedern auch noch 63 Invaliden, damit 157 Witwen unterfertigt werden können. In der Kranken- und Begräbniskasse ergeben die Mitgliederbeiträge wenig über ein Drittel der notwendigen Ausgaben; diese werden zu fast zwei Dritteln aus den Zinsen gedeckt. Bei der Invalidenkasse liegt es ähnlich. Die Beiträge decken gerade noch zur Hälfte die Ausgaben, das übrige fließt zum größten Teil aus den Zinsen früherer Prinzipalsitzungen. Die Witwenkasse fristet heute schon ihr Dasein zum großen Teil nur aus Prinzipalsbeiträgen und Zinsen ebensolcher Stiftungen. Nach alledem wird man es begreifen, warum sich die Zweite Klasse zu der Allgemeinen Buchdruckerunterstützungskasse geflüchtet hat und warum die letztere in den sauren Apfel beissen mußte.

Im Prozesse der Leipziger Hilfsarbeiter, dessen Ursachen und bisherigen Verlauf wir zuletzt in Nr. 123 geschildert haben, hat nun der zweite Termin am 8. November vor dem Landgerichte stattgefunden. Zur ersten Termine vor dem Landgerichte erhob der Vertreter der Hilfsarbeiter den Einwand, daß das Zivilgericht für die Klage überhaupt nicht zuständig sei, da im Tarifvertrage die Beschreitung dieses Rechtswegs ausgeschlossen sei. In der neuen Verhandlung wies nun das Landgericht den Einwand des Hilfsarbeiterverbandes zurück. Es entschied, daß die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung der Frage, ob die von den Arbeitern aufzugebene Tarifgemeinschaft fortzusetzen sei, zuständig sind. Das Landgericht erklärte sich somit für kompetent, über den Fortbestand der Tarifgemeinschaft eventuell zu urteilen. Gegen diese Entscheidung will die Organisation der Hilfsarbeiter Berufung beim Oberlandesgericht einlegen.

Ein armer Zeitungsverleger! Vor kurzem wurde das Testament des verstorbenen Herausgebers der „New York World“, Ludwig Pottlitzer, eröffnet. Das hinterlassene Vermögen beläuft sich auf etwa 30 Millionen Dollar, das hauptsächlich zwischen der Witwe und den Kindern zur Verteilung gelangen wird. Pottlitzer hat für verschiedene wohltätige Zwecke eine größere Summe gestiftet. Die künftige Leitung der „New York World“ und der in St. Louis erscheinenden Zeitung „Post Dispatch“, die gleichfalls Pottlitzer gehörte, geht in die Hände sieben verschiedener Trusts über. „Wiederholungs-ist“, daß keiner der Söhne irgendwelchen Anteil anerbte. Wäutern hat und auch nicht bei ihnen beschäftigt ist.

Die Brutalität der Tabakindustrie, die es fertig brachte, die beschiedenen Lohnforderungen der Arbeiter in der Tabakindustrie mit der bekannten Ausperrung zu beantworten, zeigt sich in ihrer ganzen traurigen Größe, wenn man die Rentabilität der Tabakindustrie demgegenüber in Vergleich zieht. Es erzielten z. B. alle bedeutenden Aktiengesellschaften im Jahre 1909/10 eine durchschnittliche Dividende von 7,76 Proz., dagegen verteilten die vorhandenen acht Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabriken auf der Grundlage der Gesellschaftsform mit 1181000 Mk. beteiligtem Aktienkapital eine Durchschnittsdividende von 15,53 Prozent. Für das Jahr 1907/8 betrug diese nur 12,7 Prozent. Trotz der Steuererhöhung, die zwar Arbeiter brotlos machte und die Begründung für Lohnreduktionen abgeben mußte, ist die Dividende kräftig gewachsen. Man hat nicht nur die Steuer auf den Konsumenten abgewälzt, sondern darüber hinaus die Preise gesteigert. Ohne deshalb Preisserhöhungen vornehmen zu müssen, können die Unternehmer die jetzt von den Arbeitern erhobenen Forderungen ganz gut bewilligen. Neue Fabriken, die zunächst wenig oder gar keinen Gewinn abstoßen, haben das Durchschnittsergebnis stark beeinflusst. Auf fast die Hälfte des Kapitals entfällt nämlich eine Durchschnittsdividende von 20 bis 25 Proz. Die Entwicklung des Außenhandels mit Tabak und Tabakarbitaten zeigt zudem, daß die Verhältnisse sich wieder günstig gestaltet haben. Im Vergleich mit dem Vorjahre hat in den ersten neun Monaten des Jahres die Einfuhr von Tabakstücken und -stengeln zwar nur wenig zugenommen: von 10288 Doppelzentnern auf 10377 Doppelzentner; der Import von Tabakarben stieg aber von 9172 Doppelzentnern auf 11616 Doppelzentner und die Einfuhr von Rau- und Schnupftabak usw. hob sich von 3017 Doppelzentnern auf 3591 Doppelzentner. Bei den Rauchtabaken ergibt sich eine Steigerung von 540 auf 651 Doppelzentner, während die Einfuhr von 1376 Doppelzentnern auf 971 Doppelzentner sank. Der Export der andern Tabake ist ganz unbedeutend. Bei Zigaretten steigt eine Steigerung der Einfuhr von 1887 Doppelzentnern auf 2478 Doppelzentner eine Ausfuhrzunahme von 2388 Doppelzentnern auf nur 2584 Doppelzentner gegenüber. Die Zigarettenzufuhr ergab im vorigen Jahre 3504 Doppelzentner, für 1911 jedoch 4550; im Vorjahre wurden 772 Doppelzentner ausgeführt, im laufenden Jahre 888 Doppelzentner. Nach diesen Zahlen zu schließen, hat der Inlandkonsum wieder zugenommen; die Situation ist demnach günstig für die Arbeiter. Daraus geht hervor, daß die Tabakarbeiter um eine gerechte Sache kämpfen und um so mehr der weitgehendsten Unterstützung seitens der übrigen Arbeiterschaft in ihrem gegenwärtigen Kampfe würdig sind.

Die gewerkschaftliche „Volksfürsorge“, wie sie nach Beratung und Beschlußfassung auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongress in Dresden eingeführt werden soll, hat inzwischen auch die „Versicherungszeitungen“ auf die Weite gebracht. Im allgemeinen wissen diese im Dienste der privaten Versicherungsgesellschaften stehenden Blätter im Kampfe gegen die geplante Erweiterung des gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebietes nichts anderes zu tun, als den bekannten roten Bauplan an die Wand zu malen und die Regierungsbehörden dagegen scharf zu machen. Das dürfte aber nach den neuesten Berichten von zuständiger Stelle alles nichts helfen. Denn wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ mitteilt, wird nunmehr aller Voraussicht nach eine Form gewählt werden, durch die die „Volksfürsorge“ dem Aufsichtsamte für die Privatversicherung unterstellt wird. Wie bekannt, war mit dieser Möglichkeit schon von vornherein gerechnet worden. Die Form der freien Vereinigung war auch nicht etwa deshalb gewählt worden, weil man sich der Aufsicht des Versicherungsamtes entziehen wollte, sondern aus andern Gründen praktischer Art. Das Statut der „Volksfürsorge“ ist so beschaffen, daß sie die Aufsicht des Versicherungsamtes durchaus nicht zu scheuen braucht. Wegen einer vom Aufsichtsamte für die Privatbeamtenversicherung ständig kontrollierte Versicherungsanstalt wird man aber nicht zum Vorwurf erbeben können, sie werde für sozialdemokratische Parteizwecke dienlich gemacht. Die Herren, die in der Versicherungspreßs diese Gedanken so ausgiebig behandelt haben, werden sich nunmehr nach neuen Argumenten umtun müssen.

Die Gewerbegerichtswahlen in Leipzig brachten in den letzten Tagen den freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Bei der letzten Wahl im Jahre 1909, die zum erstenmal unter dem System der Verhältniswahlen vor sich ging, hatten die Nationalen krampfhafteste Anstrengungen gemacht, um die angeblich beim Gewerbegericht unvertretenen 25000 Arbeiter durch Gewerbegerichtsbeisitzer vertreten zu sehen. Die Folge davon war, daß die Wahlbeteiligung der freien Gewerkschaften von 10000 auf 20000 stieg. An dem Wahlergebnisse zeigte sich aber die völlige Bedeutungslosigkeit der nationalen Herrschaften in Leipzig; sie erhielten im ganzen 1888 Stimmen. Vertreter erhielten die Nationalen von den 45 Sigen insgesamt vier, wofür die Gewerkschaften aber fünf Sige von den Unternehmern erlangen. Die damals gewonnene Erkenntnis von der Bedeutungslosigkeit der Nationalen spornte bei der jetzigen Wahl den Eifer der freien Gewerkschaftler nicht besonders an, was zur Folge hatte, daß die Zahl der Stimmen für die Liste der freien Gewerkschaften diesmal um einige Stimmen sank, nämlich auf 19946; gleichzeitig sank jedoch noch viel gewaltiger die Stimmenzahl für die Liste der Nationalen, nämlich auf 1244, also um rund 26 Proz. Dadurch verlor die Nationalen einen Sitz. Sie behielten nur noch drei Beisitzer. Gleichzeitig stieg aber die Liste der freien Unternehmer von 223 Stimmen im Jahre 1907 auf 274 Stimmen, die Zahl der gewonnenen Sige von fünf auf sechs. Die freien Gewerkschaften haben also einen schönen Sieg errungen und die Bedeutungslosigkeit der nationalen Herren in Leipzig ist aufs neue erwiesen.

Arbeitszeiten in der deutschen Metallindustrie. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete im vorigen Jahre eine umfangreiche Erhebung über die bestehenden Arbeitszeiten in der deutschen Metall-, Eisen- und Stahlindustrie. Die Statistik erstreckte sich auf 141 Orte und erfaßte 46342 Betriebe mit insgesamt 1610379 Personen. Nach den Ergebnissen der Verfassungsjahre von 1907 und den neuesten Ziffern der zuständigen zwölf Berufsgenossenschaften der gesamten Metallindustrie wurden somit 53 Proz. der Betriebe und 77 Proz. der Personen erfaßt. Die Zulage geprüften Resultate zeigen ganz gewaltige Unterschiede in der Arbeitszeit und belehren vor allem jene Kollegen, die in ihrer Kritik an unsern Verhältnissen nicht selten auf bessere Verhältnisse der Metallarbeiter hinzuweisen nötig fanden, eines Besseren. Es arbeiteten danach durchschnittlich 48 Stunden von den über 1 1/2 Millionen der von der Statistik erfaßten Metallarbeitern nur 1,06 Proz., über 48 bis 54 Stunden 18,66 Proz., über 54 bis 60 Stunden 38,02 Proz., 60 Stunden 30,24 Proz. und über 60 Stunden 14,03 Proz. Mehr als neun Stunden täglich arbeiten demnach 80,20 Proz. aller Metallarbeiter und über zehn Stunden täglich noch der stehende Teil!

Menschenwerte in der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Der vom Senate der Stadt Hamburg für das Jahr 1912 beschlossene Tarif über die für Naturaleinquartierung aus Staatsmitteln zu gewählende Geschäftsbildung enthält folgende Aufstellungen pro Tag für:

	Stadt	Land-
	mt.	geble
einen General	10,-	6,-
einen Oberst oder Major	6,-	3,-
einen Hauptmann oder Leutnant	3,-	2,-
einen Feldwebel	1,50	1,-
einen Blaufeldwebel, Fähnrich, Unteroffizier	1,-	70
einen Gemeinen	70	50
ein Pferd	60	30

Ein Monatsgehalt von 40000 Mk.! Die „Dobnerform“ meldet, daß das Rittergut Silberberg bei Fürstentum dieser Tage für 1500000 Mk. in den Besitz einer Landbank überging. Der bisherige Besitzer hat das Gut im Dezember 1900 für 670000 Mk. erworben und somit in 20 Monaten 830000 Mk. Gewinn eingefleckt.

## Literarisches.

„Schauinsland“. Ein Wanderbuch von Anton Fendrich, 362 Seiten, groß 8° mit zahlreichen Wagneten und Vollbildern. Der in Arbeiterkreisen bestens bekannte Schriftsteller hat in dem vorliegenden Werk eine herzerfrischende Sammlung seiner schönsten Erzählungen über Kämpfer, Künze, Welten, Wälder und Wege herausgegeben. Es ist eines der wenigen Bücher, von denen man sagen kann, sie richten den Arbeiter, der nur einige Minuten nach des Tages Laft und Sorgen darin lesen kann, auf und machen ihn freier und hoffnungsvoller. Die Natürlichkeit, mit der Fendrich zu erzählen weiß, wie er die Natur und die Menschen miteinander verbindet, ist fast einzig in ihrer Art und macht das Lesen seiner Geschichten für jeden Menschen- und Naturfreund zu einem wahren Hochgenuß. Für den Buchbruder als Fachmann kommt zum hohen Werte des Inhalts noch die erfreuliche Tatsache hinzu, daß die technische Ausstattung des bei Kaden & Co. in Dresden gedruckten Werks eine besonders musterartige ist; vor allen Dingen sind die Vorbilder hervorragende Leistungen der Drucktechnik. Nicht oft haben wir in letzter Zeit ein Buch in die Hände bekommen, in dem Äußeres und Inneres so prächtigvoll übereinstimmen. Das Ganze ist ein würdiges und sinniges Geschenk auf den Weihnachtstisch für Freunde freier Denkart. Der Preis beträgt 6 Mk. und ist in Ansehung des Gebotenen und im Vergleich mit ähnlichen Erzeugnissen als billig zu bezeichnen. Zu beziehen ist das Buch von der Kadenschen Buchhandlung in Dresden, Zwingerstraße 12/14.

## Verschiedene Eingänge.

„Der Mensch und die Erde.“ Die Entstehung, Vermittlung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur, herausgegeben von Hans Krämer in Verbindung mit ersten Fachmännern. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. 120 Bieferungen à 60 Pf. Heft 135—138.

## Verstorben.

In Beuthen (O.-Schl.) am 31. Oktober der Seher Anton Brysch, 25 Jahre alt — Herzkrankheit.  
In Dresden am 4. November der Faktor Hugo Portenreuter aus Waldenburg i. Sa., 50 Jahre alt.  
In Köln am 1. November der Seher Eduard Reuter aus Siegburg, 31 Jahre alt.  
In Nimpfch (Schl.) am 3. November der Buchdruckermeister Fritz Wolff — Gehirnschlag.  
In Stuttgart am 30. Oktober der Seher Jakob Grehm aus Jülich, 63 Jahre alt — Magenkrebserkrankung.  
In Wien am 24. Oktober der Invalide Joseph Devorjal, 66 Jahre alt, am 26. Oktober der Seher Carl Medel, 50 Jahre alt.

## Briefkasten.

R. in Hellbrunn: Für Zusendung besten Dank. — S. in B.: Desgleichen. — U. E. in G.: Kennen den Waschzettel. — Fr.: Dankend erbalten. — F. in G.: Desgl. — N. F. in S.: Inwieweit dieses Thema ist jetzt noch nicht spruchreif. Zur gegebenen Zeit, wenn dieser Teil des Tarifs veröffentlicht worden ist, läßt sich darüber reden. Inzwischen werden wir uns aber bemühen, den Beweis zu erbringen, daß Ihre hauptsächlichste Befürchtung nicht zutrifft. — G. M. D. in D.: Die Konstantenwächter in Neujahrswasser können sich mit ihren Späherungen begnügen lassen. S. M. D. ist ihnen über! Wir tun Ruhe und würden zur Strafe gern ein halbes Jahr nach Weichselmünde gehen, wenn es damit umgehen zu machen wäre. Also streuen wir Sand und Urke auf unsre Häupter wie einst der König David, und wenn es sein muß, werden wir auch noch unsre kostbaren Gewänder zerreißen. Freund! Gruß! — R. E. in Stuttgart: Ihr Vorschlag zur Güte, die Scharfmarieren von hüben und drüben mit den unheilvollen Perspektiven, wie sie von Kollegenseite Nummer für Nummer ausgemalt werden, sowie die hanoblichen Übertreibungen und Unglaublichkeiten in einer Extrausgabe des „Korr.“ zu Fastnachten faktisch zu behandeln, hat das eine Gute auf alle Fälle für sich: an Stoff würde es nicht gebraten! So mancher der jetzigen Akteure würde sich dann aber nicht schlecht über sich selbst wundern. — Schnell: Werden Ihnen in kommender Woche einmal eine Sammlung zusammenstellen. Freund! Gruß! — R. E. in Straßburg: Selbst auf die Gefahr noch weiter freier Erörterung gegen den „Korr.“ kamt Ihr Bericht keine andere Behandlung erfahren als die in Nr. 127 beschriebene, zusammenfassende, aber streng objektive, wofür sie im Unverständnis mit der Verbandsleitung schon verschiedene Nummern hindurch gehandelt wird. Unschämlich gibt es auch bei den Maschinensevern nicht, denen wir dringender raten müßten, bei ihrer Beschäftigung mit dem neuen Tarife nun endlich einmal die Mäße im Dorfe zu lassen. — U. W. in U.: Mit Dank empfangen. — Nach Belg.: Desgleichen. — U. M. in B.: Mit diesem Bedenke ganz und gar nicht einverstanden. Suchen wir nach einem andern, etwas weniger beengenden Auswege. Freund! Gruß! — R. E. in Wadrib: 2,55 Mk. — W. B.: Fragen Sie beim Kollegen P. Stautner, Stuttgart, Deutscherstraße 54, an.

Wir sehen uns in Verleumdung verschiedener Vorkommnisse aus längerer Zeit (siehe Wadrib) veranlaßt, an die Schriftführer die dringende Bitte zu richten, sich einer streng objektiven Verleumdung zu befleißigen. Nicht richten, sondern nur berichten, das muß die Auf-

gabe derjenigen Kollegen sein, die das schwierige und unentbehrliche Schriftführeramt versehen. Auch die uns persönlich bekannten Schriftführer großer Mitgliedschaften müssen ihre Berichte stets von den betreffenden Vorliegenden gegengelesen lassen, um so eine Gewähr für Richtigkeit und Objektivität des Inhalts zu haben.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Mariendorfer Straße 12L. Fernspreckamt VI. 1191.

Berlin. Um Angabe des Aufenthalts des Seher Mag. Kretschmer aus Berlin (Hauptbuchnummer 21774) wird gebeten.

Sagen i. B. Der Seher Hermann Winkler aus Bunzlau wird wiederholt aufgefordert, seine Adresse an Louis Lorenz, Heimischstraße 30, einzusenden. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, W. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

## Adressenveränderungen.

Reumünster. (Provinzialer Maschinenmeisterverein Schleswig-Holstein). Vorsitzender: Kleemann Kühl, Kellerstraße 88; Kassierer: Paul Schäfer, Christianstraße 56L.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Breslau die Seher 1. Wilhelm Hoffmann, geb. in Breslau 1890, ausgl. das. 1908; 2. Julius Neubauer, geb. in Breslau 1886, ausgl. in Ratfch 1904; 3. der Drucker Georg Kühn, ausgl. in Bissa (Posen) 1870, ausgl. in Diersdorf 1887; 4. der Korrektor Julius Hippich, geb. 1886; waren schon Mitglieder. — S. Härtel, Friedrichstraße 100 a II.

In Urlüh die Seher 1. Mag. Beesfla, geb. in Landwehr b. Wolken (N.-A.) 1893, ausgl. das. 1911; 2. Otto Ranzengbach, geb. in Sonnenburg (Kr. Sternberg) 1892, ausgl. in Mittenwalde (Märk) 1911; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Drucker R. Th. Lorenz, geb. in Leipzig 1883, ausgl. das. 1902; war schon Mitglied. — P. Dielscher, Brautwiesent. 18 III.

In Halle a. S. der Drucker Wilhelm Schrop, geb. in Verndub a. S. 1887, ausgl. das. 1904; war schon Mitglied. — Franz Schindlerauer, Wielandstraße 26.

In Osnabrück 1. der Seher Carl Dietrich, geb. in Leipzig 1876; war schon Mitglied; die Seher 2. Karl Bauer, geb. in Schauenstein in Bayern 1893, ausgl. in Helmstedt 1911; war noch nicht Mitglied; 3. Carl Schmidt, geb. in Steinau (Kr. Schlitzheim) 1880, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied; 4. Jean Stod, geb. in Gelnhausen 1893, ausgl. in Wüdingen (Oberhessen) 1911; war noch nicht Mitglied. — Chr. Weißbrod, Wägenhansbuchdruckerei.

In Bern 1. der Drucker Karl Joseph Goller, geb. in Bipperrich 1898; 2. der Seher Emil Ruhn, geb. in Weihen 1885; waren schon Mitglieder. — Fr. Rüfenacht, Volkstraße 30.

## Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate September 1911.

a) Auf der Reise: Übernommen vom vorhergehenden Monate 776 Mitglieder, aus Kondition kamen 136, aus gegenseitigen Vereinen 387 (293 Verbands- und 94 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Belgien 1 gegenf. Mitgl., aus Dänemark 21 Verb.- und 12 gegenf. Mitgl., aus Frankreich 7 Verb.- und 4 gegenf. Mitgl., aus Holland 12 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Luxemburg 7 gegenf. Mitgl., aus Norwegen 5 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Österreich 214 Verb.- und 57 gegenf. Mitgl., aus Rußland 1 Verb.-Mitgl., aus Schweden 1 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 33 Verb.- und 10 gegenf. Mitgl.), aus konditionslosen Aufenhalte kamen 110, frank waren 18, vom Militär 2, zusammen 1424 Mitglieder (1233 Verb.- und 1911 gegenf. Mitglieder, hierunter 1 Belgier, 15 Dänen, 1 Finne, 3 Franzosen, 1 Italiener, 5 Kroaten, 3 Rußländer, 3 Norweger, 95 Österreicher, 1 Serbe, 5 Schweden, 15 Schweizer und 43 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 1424 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 1 bis 6 Beitr., 83 6—12 Beitr., 332 13—49 Beitr., 229 50—74 Beitr., 161 75—99 Beitr., 221 100—149 Beitr., 345 150—499 Beitr., 41 500—749 Beitr. und 11 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. Es traten wieder in Kondition 302 Mitglieder, gingen an Schluß des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 219 (180 Verb.- und 39 gegenf. Mitglieder, und zwar nach Dänemark 3 Verb.- und 7 gegenf. Mitgl., nach Finnland 1 gegenf. Mitgl., nach Frankreich 7 gegenf. Mitgl., nach Holland 6 Verb.-Mitgl., nach Luxemburg 1 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Österreich 109 Verb.- und 60 gegenf. Mitgl., nach Schweden 1 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 11 Verb.- und 0 gegenf. Mitgl.), bei Schluß des Monats verblieben konditionslos am Orte 292, frank wurden 15, ausgesteuert 1, Unterstützung entzogen 1, nach dem Zustande 2, ausgeschlossen 1, zum Militär 3, der Nachweis fehlte bei 23, auf der Reise verblieben 565, zusammen 1424 Mitglieder, und zwar 1182 Seher, 267 Drucker, 11 Seher, 2 Stereotypen-, 2 Galvanoplastiker. Außerdem waren nach den Angaben der Meldefassungsverwalter 18 Nichtbezugsberechtigter (darunter 2 Dr.) und 10 ausgesteuerte (dar. 7 Dr.) auf der Reise. Es wurden veranlagt in 744 Mitglieder für 12334 Meldefrage (grüne Reg.) à 1 Mk. — 12334 Mk., an 880 Mitglieder für 11342 Meldefrage (weiße Reg.) à 1,50 Mk. — 17018 Mk., an Worte 10,70 Mk., an Remuneration 489,10 Mk., in Summa 29854,80 Mk., hiervon 26199,80 Mk. an Ver-

bands- und 3655 M. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 11 M. an Belgier, 339 M. an Dänen, 6 M. an Finnen, 15 M. an Franzosen, 750 M. an Italiener, 124 M. an Kroaten, 125 M. an Luxemburger, 69 M. an Norweger, 1450,50 M. an Österreicher, 9 M. an Serben, 147 M. an Schweden, 318 M. an Schweizer und 734 M. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 1424 Mitgl. 23 676 Tage = 29 854,80 M.  
1910 " 1543 " 26 171 " = 32 657,95 "

wenig. 1911 an 119 Mitgl. 2 495 Tage = 2 803,15 M.

b) Am Ort: übernommen vom vorhergehenden Monate 1976 Mitglieder, neu hinzugekommen 2628, zusammen 4604 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 1269 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 2703 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 380 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 252 Mitglieder bis zu 280 Tagen. — Es traten wieder in Kondition 2410 Mitglieder, gingen auf die Reise 110, wurden krank 22, ausgeschieden 123 (wovon 88 mit 70 Tagen, 30 mit 140 Tagen, 3 mit 210 Tagen und 2 mit 365 Unterstufungstagen), Unterstützung entzogen 2, zu einem andern Verufe gingen 5, zum Militär 15, ins Ausland 1, invalide wurden 2, in Haft genommen 1, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1913 Mitglieder, **zusammen 4604 Mitglieder**, und zwar 3706 Seher, 767 Drucker, 72 Gelehrte, 47 Stereotypisten, 8 Galvanoplasten und 4 Korrektoren. — Diese 4604 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 348 (darunter München 157, Nürnberg 80, Augsburg 21, Würzburg 16), Berlin 1177, Dresden 183 (darunter Stadt Dresden 158), Elb- u. Lotzbrünnen 70 (darunter Stralburg 41, Mühlhausen 15, Erzgebirge- u. Vogtland 94 (darunter Chemnitz 29, Plauen 12), Frankfurt- u. Hessen 166 (darunter Frankfurt a. M. 115, Kassel 27), Hamburg- u. Altona 221, Hannover 143 (darunter Stadt Hannover 72, Braunschweig- u. Hildesheim 13), Leipzig 340, Mecklenburg- u. Südbad 31 (darunter Südbad 12), Mittelrhein 169 (darunter Wiesbaden 23; Mannheim 22, Darmstadt und Mainz je 21, Saarbrücken 19, Hanau 12), Nordwest 78 (darunter Bremen 42, Osthessen 86 (darunter Freiburg i. Br. 36, Karlsruhe 20), Ober 170 (darunter Stettin 40, Potsdam 38), Ostpreußen- u. Thüringen 135 (darunter Erfurt 32, Weimar 14, Jena 13), Ostpreußen 46 (darunter Königsberg i. Pr. 30), Posen 25 (darunter

Stadt Posen 17), Rheinland- u. Westfalen 483 (darunter Düsseldorf 76, Köln 65, Aachen und Essen je 33, Dortmund 24, Barmen, Viersfeld, Krefeld je 23), An der Saale 222 (darunter Magdeburg 69, Halle a. S. 49, Halberstadt 15), Schlesien 196 (darunter Breslau 89), Schleswig- u. Holstein 63 (darunter Kiel 31), Westpreußen 32 (darunter Danzig 22), Württemberg 126 (darunter Stuttgart 97). — Es wurden vorausgezahlt: An 1269 Mitglieder für 17277 Tage à 1,50 M. = 25 915,50 M. und an 3335 Mitglieder für 57 377 Tage à 1,75 M. = 100 409,75 M., in Summa 126 325,25 M. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 4604 Mitgl. 74 654 Tage = 126 325,25 M.  
1910 " 4190 " 65 274 " = 110 634,50 "

mehr 1911 an 414 Mitgl. 9 380 Tage = 15 690,75 M.

Die Ausgabe von 126 325,25 M. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 11 003,75 M., Berlin 33 472,75 M., Dresden 41 81,75 M., Elb- u. Lotzbrünnen 2198 M., Erzgebirge- u. Vogtland 2484,75 M., Frankfurt- u. Hessen 5182,50 M., Hamburg- u. Altona 7225,75 M., Hannover 3038 M., Leipzig 7570,25 M., Mecklenburg- u. Südbad 842 M., Mittelrhein 5058,50 M., Nordwest 1869,25 M., Ostpreußen 2194,25 M., Ober 4060,25 M., Ostpreußen- u. Thüringen 2668,75 M., Ostpreußen 1508,25 M., Posen 604,75 M., Rheinland- u. Westfalen 14 573,50 M., An der Saale 5985 M., Schlesien 4994,25 M., Schleswig- u. Holstein 1597 M., Westpreußen 1090,75 M. und Württemberg 2921,25 M.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate September

1911 an 6028 Mitgl. 98 330 Tage = 156 180,05 M.  
1910 " 5733 " 91 445 " = 143 292,45 "

mehr 1911 an 295 Mitgl. 6 885 Tage = 12 887,60 M.

ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (98 330) sind daher 3277 Mitglieder (gegen 3048 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat September hindurch im Bezuge von Reiseunterstützung gewesen.

Gesamtausgabe im dritten Quartale (Juli bis September):

1911: 434 577,50 M. für 277 117 Tage  
1910: 456 074,90 " " 292 969 "

weniger 1911: 21 497,40 M. für 15 852 Tage.  
(ohne die mit der Quartalsrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

**Seer.** Der Seher Otto Jürgenfen (Hauptbuchnummer 89 327) wird hiermit aufgefordert, den erhaltenen Vorfuß portofrei an H. Jacobs, Süderkreuzstraße 15, einzusenden, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

### Veranstaltungskalender.

- Braunschweig.** Bezirksversammlung Sonntag, den 12. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, in den „Sambriusshallen“, Hamburger Straße.
- Chemnitz.** Vertrauensmännerversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
- Dresden.** Vertrauensmännerversammlung, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Mühlbergstraße 2.
- Düsseldorf.** Bezirksversammlung Montag, den 13. November, abends 9 Uhr, im Vereinslokale.
- Frankfurt a. M.** Bezirksversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, im „Landsied“, Wilmersberg.
- Gießen.** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Bevölkerungshaus“.
- Halle.** Bezirksversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Kameros“, Krosstraße.
- Heide (Hörsing).** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (Sob. Rhein), Süderstraße.
- Hannover.** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (Sob. Rhein), Süderstraße.
- Mannheim- u. Südbaden.** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Rheinstraße“.
- Saarbrücken.** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des „Zivoli“.
- Schwabmünchen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 12. November, nachmittags 2 Uhr, im „Saalhaus zum weißen Löwen“, Dresdener Straße.
- Stuttgart.** Ansehensvolle Korrektorenversammlung (für den Gau Württemberg) heute Samstag, den 11. November, abends 8 Uhr, bei Heuter, Magarstraße.
- Vertrauensmännergeneralversammlung** Samstag, den 23. November.
- Schrittgeherversammlung** Dienstag, den 14. November, abends 6 1/2 Uhr, bei Klettig, Schwanstraße 40.
- Weimar.** Bezirksversammlung heute Samstag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

### Schweizerischer Typographenbund.

**Bern.** Der Seher Gottlieb Kurz, geboren in Habikon (Zürich) 1869, wird erachtet, einer dringenden Angelegenheit halber dem Sekretariate des Schweizerischen Typographenbundes in Bern seine Adresse mitzuteilen.

## Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15:

### Vertrauensmännerversammlung.

Die Vorstände der Fachvereine werden ebenfalls gebeten, zu erscheinen. [125]  
Für den Gauvorsitz: **H. Waffin.**



Bevor Sie weiter kaufen, verlangen Sie erst **umsonst und portofrei** meine neuste, farbige, prächtig illustrierte

### Weihnachtspreisliste für meine unbetroffenen diesjährigen Neuheiten in Glas-Christbaumschmuck

(pro Karton mit 12 Stück zu 20, 25, 30 usw. Pl.), sprechende Puppen, herrliche echte Fischperlenhalsketten usw. Nur die feinsten und gediegensten. Waro aus erster Hand zu überaus vorteilhaften Preisen: —

Kein Risiko. Umtausch gestattet. Eventuell Geld zurück.  
Bei größeren Aufträgen u. für Händler außerordentl. hohe Rabattvergütung.

**Theodor Müller-Hipper, Glaswarenfabrikant, Lauscha, S.-M., Nr. 32.** [120]



### Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in

**Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc.**

unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besser. Qualität zu allerbilligst. Preis. Verlang. Sie durch Postkarte Must. wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang.

**Lehmann & Assmy, Spremberg L. 227**  
Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [841]

### Lüchtiger Bestofer

für unsere Messinglinienabteilung gesucht.  
**Schiffstieher P. Stempel, Frankfurt a. M.**

### Schriftgießer

Wir suchen zum sofortigen Eintritte tüchtige  
für die Komplettschneidung. [124]  
Schriftgießerei **Gensky & Gensky, Hamburg, München.**

### Rotationsmaschinenmeisterstelle

ist besetzt. Den Bewerbern besten Dank. [122]  
**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.**

### Nich. Härtels Bücherverand

(A. Hagl), München 50 7, Holzstraße 7.  
Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke.  
Katalog unbeschert und frei.  
Maschinen- u. technischer Kalender, von G. Seibel 1 M.  
Die Buchführung im Druckgewerbe, von C. G. H. Meier, 3 M.  
Die Farbentheorie, von J. Müller, 5 M.  
Die Technik der bunten Nidens, von D. Krüger, 6 M.

### Sechserkneipe

von Karl Hindell, Berlin S, Dresdner Str. 109, [81]

## Magenkranke

ehemals mit Stuhlverstopfung, Nimmerröden usw. Behaftete erhalten von mir gerne kostenlos Auskunft, wie zahlreiche Personen von diesen lästigen Leiden befreit worden sind. [31]

**Krankenschwester Marie Wiesbaden A. 155**  
Nikolaistraße 6.

## Al. Brodhaus!

Was wollen Sie wissen? Sie finden's alle!!! im Ausgabe 1911, 2 Bde., 24 M. — Gedr. zu Land nach Indien, Transsylvanien, je 2 Bde., 20 M. Reisen: Arabien, Entdeckung u. Erforschung der nördlichen Länder u. Meere, 2 Bde., 20 M. gegen monatliche Teilzahlungen zu beziehen durch **D. Witzelmann, Dresden- u. Rauterstr. 61.** Prospekte kostenfrei! Mit Kollegen als Vertreter gesucht! [846]

## Teilzahlung

Wertvollste Uhren und Goldwaren  
jährl. Verkauf über 25.000 Uhren  
Photopaparate u. Sprechmaschinen,  
nur erste Fabrikate, v. 12 bis 550 Mark. — Verlangen Sie  
Hauptkatalog über Uhren und  
Goldwaren, oder Spezial-  
katalog über Photopaparate  
kostenfrei  
**Jonaß & Co.,**  
Berlin CA. 407  
Belle-Alliance-  
Straße 3. [8]

**M. H. Stenographenvereine (Gabelberger)**  
Leiter d. Fernstudie d. Vereinig. Fernstudier- u. junger Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. 1905

## DEUTSCHE BUCHDRUCKER-STENOGRAPHENVEREINIGUNG STOLZE-SCHREY.

Gegründet 1909.  
Systemkundige Kollegen werden freundlichst ersucht, obiger Vereinigung, die bereits eine große Anzahl von Kollegen aus allen Teilen Deutschlands zu Mitgliedern zählt, beizutreten. ZWECK DER VEREINIGUNG: Zusammenschluss aller Buchdrucker- u. Stenographen zu zielbewußten, einheitlichen Weiter- ausbreitung unseres Einigungssystems unter der deutschen Kollegenchaft; FORTBLÜHUNG DER MITGLIEDER (regelmäßige Preisarbeiten, Gruppenumlaufschiffe in Schul- und Dozententour, sechsmal jährlich — von 1912 ab monatlich — erscheinendes altes Organ); FERNUNTERRICHT (höchst einfache Regeln, äußerst schreiblich, spielend leicht erlernbar, unbedingt zuverlässig, leistungsfähig und praktisch brauchbar) alleseitig, unangesehen zumeinander Beliebtheit, auch in Buchdruckerkreisen, und kann jedem strebsamen Kollegen im eigenen Interesse nur dringend die Erlernung dieses Systems angeraten werden. Zu jeder weiteren Auskunft ist gern bereit Der Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Stenographenvereinigung Stolze-Schrey: A. Abels, Münsterstraße („Münsterfelder Ztg.“), Otto Bischoff, Stettin, Rosengarten 67, Joh. Höhn, Trabent- Trarbach (Mosel), K. Hilsenbeck, Altona (S.-A.), Johannstraße 48 II.

Sämtliche Zuschriften sind zu richten an Kollegen HEINEN. [918]

### Für nur 35 Mark

liefern wir gegen monatliche Teilzahlungen von nur 3 Mark eine prachtvolle

## Klassiker-Bibliothek

enthaltend die Werke von Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Uhland, Shakespeare, Klotz, Heine, 10 Werke, zusammen 72 Bände in 24 eleganten Ganzleinenbänden eingebunden. [126]

**Klassiker-Verlag Otto & Co.**  
Berlin - Schöneberg, Martin-Luther-Str. 68.

### Kel. Sächs. Landes-Lotterie

Ziehung der 1. Klasse u. 7. Dechr. Haupttreffer mit Prämien ev. **500 000 M.**  
Gewinne zu **500 000 M.**  
**200 000 M.**  
Ein Zehntel Los pro Klasse M. 5.—  
Einfachste Bestellung d. Postanweisung Königl. Kollektur **H. G. F. Fischer Nachf.**  
LEIPZIG, Hospitalstraße 12 G.  
Amlischer Plan sofort kostenlos. In Preußen verboten.